

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 9. August. Seine Majestät der König sind von Muskau zurückgekehrt.

Berlin, 10. August. Se. Majestät der König haben Allerhöchst ge-ruht: Dem Rechtsamtsrat und Notar, Geheimen Justizrat Ludwig Kell er zu Hamm und dem Kreisgerichts-Sekretär a. D., Kanzleirath Johann Gotthilf Krause zu Hof den Rother Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; ferner den Landgerichtsrath Paschen in Koblenz zum ständigen Kammer-Präsidenten der dem Landgericht in Köln; sowie die Kreisrichter Stenzel in Wittstock, Krüger in Neu-Kuppin, Friedländer in Wittenberge und Plato in Mittenwalde zu Kreisgerichtsräthen; und den Regierungsrath von Nehfus zum General-Konsul für China und den Gesandtschafts-Attaché von Brandt zum Konsul in Japan zu ernennen; desgleichen gemäß der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Babel getroffenen Wahl den Justizrat Friedrich Lancelle, den Kaufmann Bernhard Luyken und den Kaufmann Conrad Weisch als Beigeordnete der Stadt Babel, für eine weitere sechsjährige Amts dauer zu bestätigen; endlich dem Lehrer an der Akademie der Künste zu Berlin und Assistent bei der Skulpturen-Gallerie der Museen, Professor Dr. Voetticher, die Erlaubnis zur Anlegung des von dem Königs von Griechenland Majestät ihm verliehenen Offizier-Kreuzes des Erbhörer-Ordens zu erhalten.

Der bisherige Kreisrichter Hobolsti in Cörlin ist zum Rechtsamtsrat bei dem Kreisgericht in Wanzleben und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Magdeburg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wanzleben ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

München, Sonntag, 10. August, Vormittags. Die "Bairische Zeitung" thelt mit, daß die Erklärung der Regierung über den Handelsvertrag am 8. d. nach Berlin abgegangen sei, und fügt hinzu, die Bairische Regierung sei nach gewissenhafter Erwägung aller Momente und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Handels-, Fabrik- und Gewerberäthe nicht im Stande gewesen, dem Entwurf der Verträge beizustimmen. Die Regierung überlasse sich übrigens der beruhigenden Überzeugung, daß der Zollverein, der bisher manche Krise siegreich bestanden, auch jetzt keiner ernstlichen Gefahr entgegen gehe, sondern durch einmütiges Bestreben aller Theilnehmer in seinen Prinzipien erhalten bleiben werde.

Paris, Sonntag, 10. August, Abends. Nach einem Berichte der "La France" hätte Garibaldi in einem Tagesbefehle, datirt aus dem Hauptquartiere der italienischen Unabhängigkeits-Armee, seine bevorstehende Ankunft in Neapel angekündigt und erklärt, daß in Kurzem große Begebenheiten sich erfüllen würden.

Turin, Sonnabend 9. August, Abends. Nach der "Discussion" hat Garibaldi Rocca und Palomba besetzt. Der General hat eine Rede gehalten, deren Sinn, wie das Journal hinzufügt, man nicht fassen könne. Nach der Versicherung Einiger soll er gesagt haben: So kann es von nun an nicht mehr fortgehen. Das Los sei geworfen. Er gehe gegen die Regierung, weil diese ihn nicht auf Rom marschiren lassen wolle; er gehe gegen Frankreich, weil es den Papst und die Briganten vertheidige. Er wolle um jeden Preis Rom. Rom oder den Tod. England werde ihm beistehen. Wenn ihm sein Unternehmen glücke, dann um so besser. Wenn es mißglücke, so werde er Italien zerstören, Italien, das er selbst gemacht habe. (!)

Der Abgang der Freiwilligen aus Palermo hat fast aufgehört. Die Bevölkerung soll wegen vorgesetzter Erze gese über deren Benehmen unwillig sein. Ein Freiwilligenkorps, das Palermo verlassen hatte, ist dahin zurückgekehrt; es hatte geglaubt, daß Garibaldi mit dem Könige einverstanden sei. Die Enttäuschten sind nach ihrer Heimat gegangen.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der erste Artikel des von der Kommission vorgeschlagenen Gesetzes angenommen, welcher Bastoggi die Ausführung der neapolitanischen und lombardischen Eisenbahnen überträgt.

Turin, Sonntag 10. August, Morgens. In einer heute Nacht stattgefundenen Sitzung der Deputirtenkammer wurden die EisenbahnkonzeSSION für Bastoggi und das Gesetz betreffs des Verkaufs der Dominialgüter angenommen. Pepoli empfahl das Gesetz über den Crédit foncier. In Folge des Vorschlags einiger Deputirten drückte Ratazzi den Wunsch aus, daß die Kammer beisammen bleiben möge. Dieselbe wird demgemäß nächsten Dienstag ihre Sitzungen wieder aufnehmen.

Trebigne, Sonntag, 10. August. Wie gerüchtweise verlautet, wäre ein einmonatlicher Waffenstillstand zwischen Omer Pascha und dem Fürsten von Montenegro abgeschlossen worden.

Die Regeneration Polens durch die Kirche.

Als im Herbst vorigen Jahres in unserem Abgeordnetenhaus die Frage der Anerkennung Italiens zur Diskussion stand, war der polnische Abgeordneten-Club wegen obwaltender starker Meinungsverschiedenheiten nahe daran, gesprengt zu werden. Auch in der polnischen Presse zeigte sich in dieser Frage derselbe Gegensatz. Bei der jüngst stattgehabten Verhandlung über dieselbe in Folge der Reichsgergerschen Interpellation herrschte unter den Polen volle Einmütigkeit, und auch die Presse hat die von dem Abgeordneten Januszewski als Organ des Kolko abgegebene Erklärung zu Gunsten des Papstthums unbedingt adoptirt. Es läßt sich daraus nicht erkennen, daß der katholische Clerus in der Provinz Posen Fortschritte macht. Ja, wir haben es schon früher ausgesprochen, der Clerus herrscht nicht minder dritten im Königreich, als in Galizien und Krakau. Er hat es verstanden, dem Volke namentlich unter preußischem und russischem Scepter die Kirche als eine ecclesia pressa darzustellen, welche ihrer Befreiung harrt, und mit Hilfe der Jungfrau Maria ihrer Erlösung entgegen geht. Auf diesem Wege wird das gemeine Volk im Misstrauen gegen die Regierungen als natürliche Feinde der Kirche zu erhalten gesucht. Die weltliche Agitationspartei, anderer Mittel, auf das Volk einzutreten, baar, hat die kirchlichen Interessen ebenfalls als Vorwand genommen und sich unter die Legide des Clerus gestellt. Auf diese Weise hat der Letztere sich zum Träger der Bewegung gemacht.

Man darf annehmen, daß es unter dem Clerus viele gibt, die ehrlich an das glauben, was sie dem Volke predigen: endlichen Sieg der katholischen Kirche, „welche die Pforten der Hölle nicht überwältigen“ Verbrüderung aller katholischen Völker und durch sie die Rettung Polens als treuen Kämpfers für das Heil der Kirche. Sie schwören darauf, daß Polen nur durch die Einheit des Glaubens einig und stark sei, daß mit der Erschütterung dieser Einheit auch die Nationalität zerstalle und die Bevölkerung zur wilden Horde herabsinke, wogegen die Kirche allmählig die Gesellschaft umbilden, erheben, stärken, gegen alle Gefahr von Außen rüsten werde.

Es liegt nun sehr nahe zu fragen, warum die Kirche in Polen, wenn sie diese Macht besäß, nicht schon früher Gebrauch davon gemacht und dem Lande diese so nötigen Dienste erwiesen hat? Noch finden sich keine Früchte an diesem Baume. Noch ist Polen einer der dunkelsten Winde Europas. Oder ist man sich erst jetzt dieser großen Aufgabe der Kirche bewußt geworden? Ist ja doch beinahe seit einem Jahrhundert die weltliche Macht gebrochen, und wenn die Kirche regenerirend wirken wollte und konnte, so mußte ihr Jahr von da ab das Bewußtsein ihres Einflusses aufgehen und ihre Arbeit beginnen.

Aber sehen wir die Geschichte etwas genauer an, so finden wir unzweideutig, daß die Kirche Polens seit Jahrhunderten stagnirt und sich der geistigen Entwicklung entgegen gestemmt hat, statt sie zu fördern. Im Zeitalter der Reformation ging allerdings auch ein frischer, geistiger Hauch durch ihre Räume; Lutheraner, Reformierte und Socinianer regten neues Leben in den alten Zwinglungen des Geistes an, aber seitdem die Väter Jesuiten als Belzus der jungen Teufel aus dem polnischen Nationalkörper ausgerissen haben, ist er nicht wieder zurückgekehrt, und die Kirche blieb fest auf dem concilium Tridentinum. Wie soll aus diesem Petrefakt ein neuer geistiger Funke entspringen?

In der ganzen Geschichte hat es sich noch nicht ereignet, daß der katholische Clerus die Gesellschaft regenerirt hätte, nicht einmal in Frankreich, wo doch die Kirche nicht stabil wurde, sondern verschiedene nicht unbedeutende Entwicklungsphasen durchmachte. Auch dort mußte der Clerus in die Bewegung der Revolution hineingezogen werden.

Wir wollen nicht von der katholischen Kirche als solcher sprechen. Sie ist verschiedener Formen fähig und hat die Anlage in sich, jeder politischen Bewegung sich anzuschließen, wie wir es jetzt in Italien gewahren. Allerdings zeigt sich der italienische Clerus auch in der Mehrheit dem Lichte zugänglich. Wenn die gemeine Auffassung, welche Clerus und Kirche identifiziert, noch gültig ist, so wird auf diesem allein die Verantwortlichkeit dafür ruhen, ob die Kirche den Zeittiden die nötigen Zugeständnisse macht oder sich ihnen widerstellt. In Italien geht die Geistlichkeit mit der Nation, in Polen soll umgekehrt die Nation mit der Geistlichkeit gehen. Jenes ist das Richtige; denn der Fortschritt ist das Naturgesetz, und aus dem katholischen Clerus ist der Fortschritt, wie gesagt, noch niemals so weit seine Geschichte reicht, hervorgegangen; er hat die Pferde stets hinter den Wagen gespannt. Folgt ihm die Nation, so geht sie absolut rückwärts, nicht vorwärts.

Und dies noch mehr in Polen als in anderen Ländern. Im deutschen, im italienischen, ja im spanischen Clerus hat hin und wieder ein einzelner Geist die Fesseln gebrochen und wenn nicht mehr, so hat er in der leuchtenden Flamme des Scheiterhaufens für die Wahrheit gezeugt. Wo findet sich irgend ein Beispiel eines solchen Martyriums in Polen? Alles stumm und still; nirgends eine hervorragende Persönlichkeit, nirgends ein bewegender Geist, nirgends ein Interesse für die Volksaufführung, noch immer die starre, geistlose Kirchenlehre, neuerdings etwas angefrischt durch politische oder nationale Färbung.

Und dieser Clerus muß sich das Recht an, Leiter der Fortschrittsbewegung zu sein!

Der Erfolg davon ist, daß in Polen die Begriffe Bildung, Gejüngung, Volkswohlstand keinen Werth haben gegenüber der hohen Nationalitäts- und Kirchenfrage. Alles, was nicht aus der Hand des Clerus kommt oder durch ihn die Weihe erhalten hat, ist unrein, irreligiös, unnational, es muß mit Fanatismus verfolgt werden. Der Weichtuhl ist eine viel wichtige Institution, als die Volkschule. Der Geistliche muß das politische, wie das moralische Gewissen prüfen und leiten; er hat das Recht aus dem Weichtuhl, wie von der Kanzel herunter das Volk politisch zu meistern; er ist das öffentliche Gewissen, er denkt und handelt für Alle.

Diesem Dunkel des polnischen Clerus, der von jeher großen Einfluß im Lande ausgeübt hat, der in der Zeit des Jesuitenregiments stets das Ohr der Könige hatte und ihre Schritte leitete, fallen die meisten

Insetate
($\frac{1}{2}$ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 10. August.) Vom Hof; Verschiedenes. Gestern früh ist der König vom Schlosse Branitz zu uns zurückgekehrt, verweilte etwa 2 Stunden in seinem Palais und fuhr darauf zum Kavalleriemanöver nach dem Kreuzberg, wo er von dem Kronprinzen, den Prinzen Karl, Friedrich Karl, Prinz Albrecht Sohn, dem Prinzen August von Württemberg, dem Prinzen Wilhelm von Baden etc. begrüßt wurde. Nach beendigtem Manöver kehrte der König ins Palais zurück. — Das Besinden der Frau Großherzogin von Baden und ihrer kleinen Tochter soll ganz erwünscht sein, so daß die Königin bald nach Potsdam zurückzukehren gedenkt, um in der Nähe ihrer erlauchten Schwiegertochter, der Frau Kronprinzessin, sein zu können. — Der Prinz und die Frau Prinzessin Friederike der Niederlande werden heute Abends mit dem 10 Uhrzuge von Potsdam nach Berlin kommen, in ihrem Palais unter den Linden übernachten und morgen auf mehrere Tage zum Besuch ihrer Tochter, der Königin von Schweden, nach Stockholm reisen. — Der französische Gesandte Prince de la Tour d' Auvergne, welcher in diesen Tagen wiederholt mit dem Grafen v. Bernstorff konferirt hat, beabsichtigt erst nach der Feier des Napoleonstages seine Reise nach Paris anzutreten. — Der zum außerordentlichen Botschafter des Königs Balthasar Emanuel am l. russischen Hof ernannte General Graf de Sonnaz ist mit Gefolge auf der Durchreise nach Petersburg hier von Turin eingetroffen. — Heute war unsere Stadt durch die Turner belebt, welche aus dem Grunewald kamen und in der Hohenhaide Jahn's Geburtstag feierten. — Morgen Nachmittag will der Aeronaut Regent mit einem Ballon vor dem Krollischen Etablissement aufsteigen. Zuschauer werden sich genug dazu einfinden, denn seit Jahren ist uns dieses Schauspiel nicht geboten worden.

— (Die Ergänzung des Offizierkorps.) Die durch die letzte Nummer des Militär-Wochenblattes veröffentlichte Ordre vom 12. Juli, wonach der Ausnahmezustand im Offizieravancement insofern noch bis 1. Oktober 1865 verlängert wird, als die Beirichtung des Reisezeugnisses für Primo eines Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung behufs Zulassung zum Portepeeprüfungsexamen bis zu diesem Termine hinausgezögert werden ist, hat dem Vernehmen nach darin seinen Anlaß, daß der anfänglich außerordentliche Bedrang von jungen Leuten für die Offizierscarrière so auffällig nachgelassen hat, daß bei vielen Regimentern selbst der jetzige beschränkte Stand von Offizieren nicht völlig hat gedeckt werden können. Nach Ausweis der Rang- und Quartierlisten finden sich bei den meisten Infanterieregimentern in der That statt etatsmäßig 36 bis 40 Sekondelieutenants deren nur einige zwanzig verzeichnet. Durch die erwähnte Ordre wird übrigens die Annahme junger Leute für die Offizierlaufbahn fast noch ausschließlich als früher schon in das Belieben der einzelnen Regimentskommandeure gestellt, ein Uebelstand, worauf von der Presse wiederholt schon aufmerksam gemacht worden ist und in welchem das Uebergewicht des Adels bei Beziehung der Offizierstellen vorzugsweise wohl mit seine Erklärung findet.

— (Zur Militärfrage.) Das Eingehen auf Bevorzugung der zweijährigen Dienstzeit gegen Beibehalt oder doch nur geringe Reduktion des gegenwärtigen Kadresbestandes wird der "B. Z." von gewöhnlich gut unterrichteter Seite neuerdings als einer der von der Regierung ins Auge gefassten Ausgleichsvorschläge bezeichnet. Es sollen zu diesem Behufe bereits auch wiederholte Berathungen im Kriegsministerium stattgehabt haben. Bekanntlich hatte sich übrigens schon in der großen Militärlcommission zu Anfang dieses Jahres eine Minderheit der dabei betheiligten Generäle, man nannte damals vorzugsweise den General v. d. Müll, und einige Andere, für die Zulässigkeit der zweijährigen Dienstzeit ausgesprochen.

— (Zur Küstenbefestigung.) Aus Hamburg wird der "B. Z." über die Berathung der Kommission zur Küstenverteidigung folgendes Nähere mitgetheilt: Die früher beschlossenen Befestigungen sind nach der speziellen Bearbeitung der Techniker gut geheizt, namentlich auch das bis dahin noch nicht definitiv festgestellte Werk bei der Jungfernbrücke in der Wesermündung, da es für 5—600,000 Thlr. erbaut werden kann. Die Flotille in der Ostsee (2 Panzerschiffe) soll im Anschluß an die preußische Marine in einem preußischen Hafen untergebracht werden. Für die Nordsee-Flotille (bekanntlich 6 Panzerschiffe und 3 Kanonenboote) offeriert Hannover den Hafen zu Geestemünde, welcher mit einem Kostenaufwande von $\frac{1}{2}$ Millionen Thalern zur Aufnahme der Schiffe etc. eingerichtet werden könnte; während Preußen den Kriegshafen an der Fahde, welcher 1864 in der Hauptsache fertig sein würde (sollten bis dahin vom Bunde die nötigen Millionen zum Ankauf etc. der Schiffe schon angewiesen sein?), zur Verfügung stellt und es erheblich billiger thun will und kann, da es ja ohnehin entzlossen ist, den Hafen auf eigene Kosten herzustellen.

Danzig, 8. August. (Die Regulirung des Weichselstromes) auf seinem untersten Laufe wird gegenwärtig mit einem großen Aufwande an Geld und Menschenkräften vorgenommen; nicht weniger als tausend Menschen sind damit beschäftigt; es sind nämlich zur Zeit auf der Strecke vom Dorfe Kłosom bis Dirschau auf dem linken Ufer 400, auf dem rechten 600 Mann mit den Regulirungsbauten beschäftigt. Unmassen von Faschinen, die zum Theil ziemlich weit hergeholt wurden, werden in den Fluß gesetzt, Buhnen errichtet, Sandbänke beseitigt, flache Stellen vertieft und der Strom selbst durch Eindämmung zwar enger, aber kräftiger und somit der Schiffsahrt nutzreicher gemacht. (Span. B.)

Oestreich. Wien, 8. August. [Die österreichischen Slaven und Garibaldi.] Die Proclamation Garibaldi's an die Slawenwölker scheint bei den slawischen Stämmen Oestreichs sehr geringen Effect hervorgebracht zu haben. Namentlich ging er bei den Nordslaven, unter denen es doch gegenwärtig keineswegs an großer politischer Erregung fehlt, spurlos vorüber. Ihre Bestrebungen und ihre Interessen liegen auch den italienischen Wirren zu ferne und sind mit Ausnahme jener der Polen von so eignethümlich lokaler Natur, daß die großen politischen Konstellationen am europäischen Horizonte wenig Einfluß auf dieselben nehmen. Die Polen aber fühlen sich in diesem Augenblick in Betreff Italiens sehr verstimmt. Die Maßregeln, welche das Ministerium Ratazzi gegen die polnischen Flüchtlinge angeordnet hat, um die Anerkennung Italiens von Seiten Russlands zu beschleunigen, haben an der Weichsel und am San im hohen Grade deprimitirend auf den früheren Italien-Enthusiasmus gewirkt. — Unter den Südländern hingegen, auf die Garibaldi eine Proclamation allerdings am meisten berechnet haben mag, scheint dieselbe nicht ganz wirkungslos geblieben zu sein. Montenegriner und Serben lesen aus derselben Versprechungen heraus, welche sie faktisch gar nicht enthält; sie erwarten mit Bestimmtheit eine Landung Garibaldi's an der adriatisch-albanischen Küste und Sucurs von dieser Seite. Die Südländer unseres Gebietes (ich spreche natürlich hier nicht von der großen ungebildet apathischen und aus Haß gegen die Edelleute bis zu einem gewissen Grade gut schwärzelben Massse der Bauernbevölkerung), ersterend in Bewunderung für die Czernagorzen und Serben des Fürstenthums, geben sich denselben Illusionen hin, wie diese. Es passirt hierbei sonst sehr frommen und conservativen Gemüthern, wie beispielsweise dem Bischof Stroßmaier von Diaforau, daß sie mit antipapistischen Bewunderern Garibaldi's in einer Reihe stehen. Unter den Magyaren machte Garibaldi's Appell an das Pan-slaventhum keinen guten Eindruck und wirkte im Ganzen verstimmt. Die Schwärzmerei für Italien hat überhaupt seit der Veröffentlichung des bekannten Scoufth'schen Programms in der Allianza bei den "Tablobiros" wesentlich abgenommen. (Br. 3.)

Frankfurt a. M., 8. August. [Die österreichischen Bundesreformprojekte; zur italienischen Frage.] Die mit so großem Anlaß verkündigte "That" Oestreichs am Bunde zieht sich in immer weitere Ferne zurück, sie wird zur That der Zukunft. Das Projekt der Einberufung eines großdeutschen Parlaments ist der "Frankfurter Postzeitung" jetzt selbst abgeschmackt, wie sie sich vor einigen Tagen ausdrückt. Die ganze darauf bezügliche Agitation war ein Nebenspiel des Eintritts Oestreichs in den Zollverein, dessen Staatsmänner zufrieden sind, bei dem Zwiespalt der Mitglieder der jüngsten Wiener Konferenz, wenigstens ein Stück der delegirten Kommission aus dem allgemeinen Schiffbruch der Projekte zu retten. Die fünf oder sechs beteiligten Regierungen sollen jetzt einig sein, bei der Bundesversammlung den Antrag zu unterstützen, daß der Kommission für die Ausarbeitung der Prozeß-Ordnung eine Versammlung von Abgeordneten ad hoc an die Seite gestellt würde. In diesem Falle hätten wir einen Ausschuß für das Bundesgericht, eine Subkommission desselben für die Prozeßordnung u. s. w. und dieser wieder untergeordnet, die Delegation der Deputirten. Preußen, welches bekanntlich in den Kommissionen für Bearbeitung von Gegenständen der inneren Landesgesetzgebung nicht vertreten ist, wird natürlich auch von der so viel besprochenen Delegation nichts wissen wollen. Uebrigens kommt fast keine Erklärung des preußischen Bevollmächtigten bei Gegenständen, die sich auf die von der Majorität erstrebte allgemeine Bundesgesetzgebung beziehen, vor, in welcher nicht der Versuch der Erweiterung der Bundeskompetenz zurückgewiesen würde. — Wie die "Sp. 3." erfährt, ist der Plan, die italienische Frage am Bunde zu erörtern, aufgegeben worden. Bekanntlich ist den mecklenburgischen und hannoverschen Konsuln in Italien das Exequatur Seitens der sardinischen Regierung in Folge des Konfliktes zwischen den Gefandten in Frankfurt entzogen worden und da scheinen denn andere Regierungen nicht Lust zu haben, sich in Folge der Debatte einer ähnlichen Abweisung auszusetzen. Ueberhaupt wird sich wahrscheinlich die Mehrzahl der Regierungen für die Anerkennung ausgesprochen haben, Preußen aber bei einer verletzenden Haltung Oestreichs bestimmt worden sein, die fernere Vertretung österreichischer Interessen in Italien abzulehnen.

Luxemburg, 6. August. [Der Vorfall mit der Schildwache.] Die "A. 3." erfährt aus authentischer Quelle über den Vorfall, wonach eine Schildwache den Oktroi-Einnnehmer Baur erschossen hat, noch folgende nähere Umstände. Am 2. August gegen 4 Uhr Morgens kam Baur nebst einem Begleiter von der Stadt her den Schloßberg hinunter. In dem Augenblicke, als dieselben die dort patrouillirende Schildwache passirten, griff der Letztere von rückwärts nach dem Gewehr derselben, um es ihr zu entreißen. Die Schildwache, im Begriff, sich dagegen zur Wehr zu setzen und den Thäter zu ergreifen, erhielt von B. einen Hieb mit dessen Stock über die Brust. Sie erklärte sofort beide für Arrestanten; da selige jedoch nach der Stadt zurück die Flucht ergriffen, so rief sie ihnen Halt nach und drohte, zu schießen. Erst jetzt lud die Schildwache das Gewehr, und da ihrem Rufe keine Folge gegeben wurde, so schloß sie nach nochmaligem Halstrafe auf eine Entfernung von fast 100 Schritt den Läufenden nach und streckte den Baur unglücklicher Weise tot nieder. Während dessen Begleiter verschwand und seitdem noch nicht ermittelt ist. Bei dem ruhigen und besonnenen Charakter der Schildwache und in Abetracht ihrer seitherigen guten Führung ist bis jetzt kein Grund vorhanden, an der Wahrheit ihrer Aussage zu zweifeln.

Nassau. Wiesbaden, 8. August. [In der Zweiten Kammer] wurde gestern das Preßgesetz verhandelt. Auf Antrag Braun's und Koch's wurde der Artikel über das Koncessionswesen gestrichen und das Bundespreßgesetz aufgehoben.

Großbritannien und Irland.

London, 9. August. [Teleg.]. Auf dem Stadtbankett zu Sheffield forderte Roebuck Lord Palmerston auf, Europa zu einer Intervention in Nordamerika zu bestimmen. Lord Palmerston erklärte sich unter allgemeinem Beifall für die Neutralität. — Prinz Adalbert von Preußen besucht unsere Flottentablissements.

Frankreich.

Paris, 7. August. [Tagesnachrichten.] Der "Moniteur" kündigt zum nächsten Freitag, 15. August, eine große Revue der Armee von Paris und der Nationalgarde an; ebenso einen Empfang der Minister, der Präsidenten der großen Staatskörper, der Marschälle, Admiräle u. s. w. — Herr von Bismarck-Schönhausen, welcher vor einiger Zeit Paris verlassen, befindet sich augenblicklich im nördlichen Spanien und wird daher den Feierlichkeiten am 14. und 15. nicht beiwohnen. Nach seiner Rückkehr wird er sich gegen Ende des August oder Anfang Sep-

tember nach Berlin begeben; man glaubt hier, daß er auch alsdann nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren werde. — Der Major v. Stein, preußischer Militär-Bevollmächtigter, hat Paris verlassen, um sich nach Mexiko einzuschiffen. — Herr Slidell, der Agent des separatistischen Südens, der von einer raschen Reise nach Richmond wieder nach Paris zurückgekehrt ist, bringt einen Brief des Präsidenten Jefferson Davis an den Kaiser mit. — Eine Depêche aus Toulon meldet, daß die Dampf-fregatte "Ecuque" mit zahlreichen Detachements für die Garnison Rom diesen Morgen abgefahren ist. — Alle italienischen Blätter, welche die Rede des Generals Durando brachten, worin er Petrucci's Interpellation beantwortete, wurden an der französischen Grenze weggenommen. Der inkriminierte Satz lautet: "Rom gehört uns."

— [Die mexikanische Expedition.] Der "Patrie" zu folge haben die Bewohner Martinique's und Guadeloupe's durch Vermittelung der dortigen Behörden eine sehr feurig und patriotisch abgefaßte Petition nach Paris geschickt, worin sie die Ernächtigung verlangen, Freiwilligenkompanien zu bilden, um die Operation des mexikanischen Expeditionskorps zu unterstützen. Ihrem Wunsche sei bereits entsprochen worden, und habe man nach einem Jögern über die Frage, welches Ministerium (Krieg oder Marine) die Offiziere für diese neuen Kompanien ernennen soll, die Sorge schließlich dem Grafen von Chasseloup-Laubat übertragen. Demzufolge würden die Offiziere aus der Marine-Infanterie genommen. — Nach dem "Temps" haben die letzten Berichte über die Truppen des Generals Marquez veranlaßt, daß man den Gedanken an die Bildung von Kavallerie- und Infanteriekorps aus mexikanischen Freiwilligen aufgegeben hat. Die einzigen Truppen, welche in das Expeditionskorps eintreten, werden von den Kolonien von Guadeloupe und Martinique gestellt werden. Alle neuen Truppenabteilungen sind bis zum Ende des Monats August verschoben. Die 16- oder 18,000 Mann, die noch einzuschiffen bleiben, werden in 4 oder 5 Tagen von Toulon, Cherbourg und Algier, wahrscheinlich zwischen dem 25. und 31. August, abgehen. Bis jetzt ist nicht die Rede von der Bildung einer dritten Division Infanterie.

Paris, 9. August. [Teleg.] Das Journal "la France" sagt, daß in der dritten Konferenz zu Konstantinopel im Prinzip festgestellt worden sei, daß die Türken in der Citadelle von Belgrad nach wie vor eine Besatzung halten sollen. — Dasselbe Journal teilt ferner mit, daß eine Manifestation für Garibaldi im Theater della Scala zu Mailand stattgefunden habe. Der Ruf: Rom oder Tod! vermischt sich mit Beleidigungen gegen die französische Regierung. — Ein Gesandter der amerikanischen Südstaaten habe die Anerkennung durch Frankreich und England verlangt. England habe diese verweigert, Frankreich nicht; letzteres habe noch nicht geantwortet. — Ein Artikel Lagueronniere's über die äußere Politik spricht sich für die Nothwendigkeit aus, daß der Papst Souverän zu Rom bleibe; derselbe betont ferner die Nothwendigkeit eines Kongresses.

Niederlande.

Haag, 7. August. [Abschaffung der Sklaverei.] Die Erste Kammer der Generalstaaten hat am 6. d. mit 26 gegen 10 Stimmen das Gesetz angenommen, welches die Abschaffung der Sklaverei in der Kolonie Surinam betrifft. Das Gesetz tritt am 1. Juli 1863 in Kraft.

Belgien.

Ostende, 7. August. [Der Kurfürst von Hessen ist heute Abend ohne jegliche Begleitung hier eingetroffen.

Italien.

Turin, 6. August. [Tagesnotizen.] Die officielle "Turiner Zeitung" meldet, daß die englische Flotte den Befehl erhalten habe, an den Küsten gemeinsam mit der französischen und italienischen Flotte zu agieren. — Einer Depêche des "Espresso di Aquila" zufolge wurde der Pfarrer von Abate Mozzo, mit Namen Nicolo Sabbatini, von den Assisen zu Teramo zu 17jähriger Zwangsarbeit verurtheilt, weil er die Bevölkerung zum Aufstande gereizt und den Briganti offenen Vorshub geleistet hatte. — Die Garnisonen in Neapel und auf Sicilien sind jede um eine Division verstärkt worden. — Im Norden Italiens, sagt die "Opinione", lehren viele Freiwillige, welche im Begriff standen, abzureisen, nach Hause zurück.

Turin, 8. August. [Zusammenstoss mit den Garibaldischen.] Nach der "Discuzione" wäre eine Abtheilung Freiwilliger unter dem Befehle von Garrao und Bentivegni auf dem Wege nach Girogenti mit königlichen Truppen zusammengetroffen und nach einigen Flintenschüssen zerstreut worden. Es sollen dabei einige Verwundungen vorgekommen sein. — Die Deputirten Micotera und Miceli sollen sich bei Garibaldi befinden. — In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erwähnte Ratazzi des noch nicht offiziell bestätigten Gerüchts von einem Zusammentreffen der Truppen mit einer Abtheilung Garibaldischen bei Girogenti und daß bei dieser Gelegenheit den Freiwilligen 50 Gewehre abgenommen worden sein sollen. — Die "Gazetta ufficiale" sagt: Es scheine, als wendeten sich die Freiwilligen Garibaldi's nach Messina, statt nach Palermo. Ihre Zahl beläuft sich auf 3000; sie seien in drei Kolonnen geteilt. Die eine setze ihren Marsch gegen Sciarra fort. Garibaldi führe die zweite; die dritte folge ihm auf demselben Wege.

Turin, 9. August. [Teleg.] Nach der "Opinione" hat das Zusammentreffen der königlichen Truppen mit den Freiwilligen bei St. Etienne auf dem Wege nach Girogenti stattgehabt. Die Zahl der königlichen Truppen belief sich auf 100, die der Freiwilligen auf 1200. Nach einigen Schüssen zogen die Freiwilligen sich zurück und ließen ungefähr 70 Gewehre auf dem Platze. Garibaldi kommandirt eine auf Messina marschirende Kolonne. — Nach der "Monarchia nazionale" hätten die Garibaldischen, größtentheils sehr junge Leute, bei ihrem Zusammentreffen mit den Königlichen auch 2 Tode auf dem Platze gelassen.

Rußland und Polen.

Out-Rußland, 2. August. [Brandstiftung; Untersuchung; Militärverlegung.] Wie verlautet, wird der schöne große Aproxin-Markt zu Petersburg nicht mehr, wie vor dem Brande, mit hölzernen Buden bestellt, sondern mit Baumpartien befestigt und so zu einem schönen Spaziergange der Stadt gemacht werden, und die Hunderte von Buden, welche vor dem Brande den Platz füllten und gegenwärtig in allerlei Gestalten und Konstruktionen provisorisch auf denselben errichtet sind, sollen anderswo eine geeignete Stelle finden. — Von den wegen Verdachts der Brandstiftung verhafteten Individuen befinden sich gegen 750 in Untersuchung. Mehrere sind der That überführt, mehrere legten freie Bekennisse ihrer Mitschuld ab; doch hat es bis jetzt noch nicht gelingen wollen, die eigentlichen Leiter dieser durchbaren Verbrecherpläne zu ermitteln. Einer der Verhafteten, ein gewisser Konarski, hat auf Befragen, ob ihm seine Familie (er ist verheirathet und Vater

von fünf Kindern) nicht leid thue, geantwortet: für diese werde, falls er umkommen sollte, besser gesorgt werden, als er es je bekommt hätte, und als selbst der Kaiser nicht für sie sorgen könnte. Ein Beweis, wie groß die Versprechungen sein müssen, die man diesen Verführten gemacht, um sie zum Verbrechen zu treiben. — Unter den vielen Gerüchten, welche man in Bezug auf die hier sich tundgebenden Streitungen, das Militär zur Untreue zu verleiten, verbreitet, sind nur wenige wahr, der größte Theil ist erfunden. Vorgestern wurden ein Unteroffizier und zwei Geheimen eines Infanterie-Garderegiments verhaftet und vor's Kriegsgericht gestellt, weil sie einem Individuum, das man auf der That bei Verbreitung resp. Austheilung einer aufreizenden Flugschrift in den Kasernen festgenommen, zur Flucht behilflich gewesen. Bei dem einen der arrestitirten Soldaten fand man zwei Zwanzigkronenstücke, welche er von dem Entflohenen erhalten haben will, und woraus zu schließen ist, daß jener ein Franzose oder doch wenigstens ein mit französischem Gelde agierender Emissär sein müsse; unter den Verhafteten der Neuzeit sind mehrere Franzosen und Polen, sowie auch ein Deutscher, aus Warschau gebürtig.

Die nach Polen bestimmte 3. Gardedivision ist theilweise schon dahin aufgebrochen; der Kommandeur derselben, General Korff, wird Mitte September nach Warschau abgehen. Die in Polen jetzt stehenden Truppen sollen zum größten Theile dort verbleiben, nur sollen Translokationen dergestalt stattfinden, daß die bisher in dem südlichen Theile der Provinz stationirten Abtheilungen in die nördlichen Gegenden — und so umgekehrt — einrücken sollen. In Kalisch, Konin, Koło und anderen Städten jener Gegend hat der Truppentransport bereits begonnen. Nach Konin sind in Stelle der abgezogenen vier Kompanien jetzt fünf Kompanien des Schlüsselburger Infanterie-Regiments eingerückt. Früher zogen die Truppen aus Russland gern nach Polen und eine Übersiedlung in dieses Land galt gleichsam als eine Vergünstigung. Jetzt scheint diese Idee nicht mehr Platz greifen zu wollen, denn die Regimenter König von Preußen und Kaiser von Oestreich, welche zur 3. Gardedivision gehören und nun nach Polen gehen sollen, haben um Verlassung in ihren bisherigen Garnisonen — Narwa und Jamburg — gebeten, sind aber abschlägig bechieden worden.

Warschau, 7. August. [Über das Attentat gegen den Markgrafen Wielopolski.] schreibt man der "A. 3." von hier: Der Markgraf führt die Reihe nach täglich in einer andern Regierungsbehörde den Vorstoss. Heute, am Donnerstag, war die Reihe an der Regierungskommission des Schatzes. Die Session beginnt gewöhnlich um 3 Uhr Nachmittags. Um 2^{3/4} Uhr kam der Markgraf zu Wagen vor dem Palais der Schatzkommission an und stieg vor der Haupttreppen aus, um sich nach dem Sessionssaale zu begeben. Auf halber Treppe stellte sich ihm plötzlich ein junger Mann, mit einem Revolver in der Hand, entgegen und zielte auf ihn. Unerhörten erhob der greise Markgraf seinen Stock und schlug dem Angreifer das Pistole aus der Hand, daß es zu Boden fiel. Rasch hob es der junge Mann wieder auf, und schoss auf den Markgrafen. Sei es aber Schreck, Verwirrung oder der glückliche Stern Wielopolski's — der Schuß ging an ihm vorbei in die Luft, und er blieb unverfehrt. Der Thäter ergriff sogleich die Flucht durch den Hof der Schatzkommission nach dem angrenzenden Bank, wurde aber von herbeigeeilten Kosaken, die vor der Bank kampieren, gejagt und ergriffen, da der Portier der Bank schnell das Thor geschlossen hatte. Der Verhaftete wurde sofort in eine Droschke gesetzt, und unter einer zahlreichen Eskorte von Kosaken nach der Citadelle abgeführt. So viel ich in der kurzen Zeit bis heute Abend erfahren konnte, heißt der Thäter Rühl; er ist Lithograph, 19 oder 20 Jahre alt. Er soll erklärt haben, seine That habe keinen politischen, sondern einen persönlichen Beweggrund. Natürlich glaubt dies Niemand, sondern man sieht in dieser Reihe von Attentaten nur die Wirkungen einer fanatischen Agitation, welche um jeden Preis selbst auch nur eine vorübergehende Verhübung des Landes verhindern will. Wielopolski begab sich nach geübelter That ganz kaltblütig in die Session. Er empfing noch in derselben Stunde die Gratulation des Großfürsten Konstantin und des gestern hier angelangten Großfürsten Alexander, zweiten Sohnes des Kaisers. Heute Abend fuhr der Markgraf ruhig mit seiner Frau spazieren.

[Verhaftungen; Arbeiter-Einwanderung.] Heute Morgen sollen einige Arrestirungen vorgenommen worden sein, unter Anderen der Buchhändler Gebethner und dessen Bruder, ein Photograph, welcher im Sachsischen Garten sein Atelier hat. — Dieser Tage trafen mehrere Transporte, an 800 Personen, von Arbeitern slawischer Abkunft aus Preußen und Oestreich hier ein, welche von hiesigen Kommissionären dort angeworben worden. Davon aber verweigern die Böhmen (Czechen), gegen 40 Familien und 190 Köpfe stark, welche nach dem Gouvernement Minsk in Russland bestimmt sind, hier die Innehaltung der Kontrakte, wenn ihnen nicht bessere Garantien geboten werden. Diese Leute haben, nach den gemachten Erfahrungen, nicht ganz Unrecht. Die Weigerung dauert nun schon mehrere Tage. (A. Pr. 3.)

Amerika.

Newyork, 30. Juli. [Vom Kriegsschauplatz; aus Mexiko.] Mit dem Dampfer "Persia" in London eingetroffene Berichte melden, daß General Pope mit 60,000 Mann gegen Virginien vorgerückt sei. Ewell, General der Konföderirten, habe mit 30,000 Mann Gordonsville genommen. Die Unionisten haben Großjunction geräumt, welches von den Konföderirten besetzt worden sei. Verstärkungen aus allen Theilen des Südens seien in Richmond eingetroffen. Die Konföderirten haben ihre Streitkräfte zwischen den Flüssen James, Appomattox und der Stadt Richmond konzentriert. Die Unionisten haben ein beträchtliches Corps Konföderirter am Missouri geschlagen. Man versichert, daß der "Nashville" mit 22 Kanonen am Bord, die den Konföderirten von englischen Kaufleuten geschenkt worden sind, in einem Hafen des Südens eingetroffen sei. — Aus Veracruz vom 17. v. M. wird gemeldet, daß die Mexikaner erfolglose Anstrengungen machen, die Franzosen aus Orizaba zu vertreiben. Die Straße zwischen Veracruz und Orizaba ist frei.

Bom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 9. August. [34. Sitzung], vom Präsidenten Herrn Grabow um 9^{1/2} Uhr eröffnet. — Am Ministerische Anfangs Regierungskommissionen, dann die Minister v. Jagow, v. Möller und v. d. Heydt. Das Haus nimmt die Gesetzentwürfe, betreffend die Vernehmung der Drucker, Verleger und Redakteure über Druckschriften, mit geringer Majorität an, und geht zur Berathung über die Etats pro 1862 und 1863 über. I. Etat für die Münze: Einnahmen und Ausgaben für beide Jahre werden ohne Diskussion genehmigt. — II. Etat für die verschiedenen Einnahmen bei der allgemeinen Kassenverwaltung pro 1862. Der Antrag der Kommission:

Die Einnahmetitel der allgemeinen Kassenverwaltung nur vorbehaltlich der Abänderungen zu genehmigen, welche sich nach der Durchberatung des ganzen Etat hier ergeben," wird ohne Diskussion angenommen, die einzelnen Titel pro 1862 werden genehmigt, ebenso dieseljenigen pro 1863 nur demselben Vorbehalt wie beim Etat pro 1862. — III. Etat für das Finanzministerium pro 1862. Die 4 Titel der Central-Finanzverwaltung, Generalverwaltung der Steuern und General-Staatskasse werden genehmigt; ebenso das Kapitel für die Allgemeine Wittwenverpflegungsanstalt; die 3 Titel für die Pensions der General-Staatskasse. Zu dem Etat für Pensionen und Kompetenzen hat der Abg. Rohden den Bausantrag gestellt: "Das Haus wolle bestätigen, die Erwartung anzusprechen, die Regierung werde fortan die Pensionen emeritierter Staatsdiener nicht mehr aus dem Gehalt der mit ihrer Pensionierung erledigten Stelle bezahlen." Der Abg. Rohden erläutert seinen Antrag. Die Folgen der bisher eingehaltenen Maßregel seien, daß Beamte trotz aller erfüllten Verbindungen nicht angestellt werden, weil der Staat die Stelle disponibel hält, und daß Beamté mit geringerem Gehalte nicht vorrücken. Dem Pensionär könne es nicht gleich sein, woher er seine Pension bezieht, und der hier zu Tage tretende Uebelstand sei bereits 1850 von der Central-Budgetkommission angeregt worden; die Regierung habe dem Verlangen der Kommission nicht Folge gegeben, ein vom Redner 1857 gestellter Antrag, der im Hause keinen Widerstand erfahren, bewege sich in derselben Richtung wie der heutige, ihm stimme der damalige Abgeordnete v. Patow bei, und dennoch daure der Uebelstand auch nach dem erfolgten Eintreten des Hrn. v. Patow ins Finanzministerium noch fort, wie dies aus den Klagen des ganzen Heeres von Assessoren deutlich hervorgehe. Es besthe diese Ungerechtigkeit, die trotz des in Aussicht gestellten Pensionsgesetzes bestrebt werden müsse. Man möge den Antrag nicht in dem Maßverständnis annehmen, daß man leise aufzutreten habe. — Der Antrag wird fast einstimmig unterstützt.

Der Regierungskommissar: Es sei auch der Wunsch der Regierung, das bisherige Verfahren zu befeitigen, und in dem Etat pro 1863 seien schon 135,000 Thlr. mehr auf den Pensionsfonds gestellt; das in Aussicht gestellte Gesetz werde dem Uebelstand abheben. — Abg. Innermann: Hier handle es sich nicht um eine Unbilligkeit, sondern um die schreckendste Ungerechtigkeit, die die Beamten eine Reihe von Jahren geduldig ertragen haben. Es sei darin ein Widerspruch mit dem Verfahren bei den Militär-Pensionen enthalten. Bei dem glänzenden Exposé unserer Finanzverwaltung sei vergessen worden, daß nicht Alles auf dem Debüt erscheine, was da hätte ausgeführt werden müssen, sonst hätte sich ein Defizit von 5—10 Millionen Thaler ergeben. Bei den Justizbeamten sei das Pensionsverfahren namentlich drückend; fast regelmäßig müsse jeder, der in ein höheres Gehalt eintritt, auf die Zulage Jahre lang warten. Seit Jahren treten die Serren Minister solidarisch für den Kriegsminister ein, keiner der Spezialminister trete gegen diese Ungerechtigkeit auf. — Abg. Plötzmann: Es sei die Unbilligkeit und Ungerechtigkeit hervorgehoben; die Maßregel sei auch ungerecht. — Der Regierungskommissar: Das Zurückschalten der Zulage daure höchstens ein Jahr, in fast allen Fällen ½ Jahr. — Abg. Innermann: Aus eigener Erfahrung könne er versichern, daß er länger als 1 Jahr habe warten müssen. — Abg. Rohden: Sein Antrag sei wohl überdacht, der Zustand habe in vielen Fällen 1½ Jahr gedauert. — Abg. Plötzmann konstatiert auch drei Fälle, wo der angeregte Zustand bis 2 Jahre gedauert habe. Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Die 7 Titel der Pensionen und Kompetenzen werden genehmigt. V. Oberpräsidium und Regierungen. Zu Titel III. Besoldungen, hat die Kommission beantragt: "das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, bei Position 4 des Titels III. 3000 Thlr. und bei Position 5 desselben 600 Thlr. für die beiden neuen Dirigentenstellen in Oppeln und Gumbinnen abzusegnen." — Der Kultusminister v. Mühlner bittet um Vertagung der Diskussion auf fürre Zeit, weil er Material erwartet, das er dem Hause vorlegen will. (Es geschieht und die Abstimmung über die 6 Titel werden vorbehalten.) — VI. Rentenbanken. Die 4 Titel und die 2 Titel der Depositentäfte für den Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Köln werden genehmigt. — VIII. Allgemeine Fonds. Titel III. Unvorhergesehene Ausgaben. Hierzu ist der Bausantrag vom Abg. Ebert gestellt, "das Ministerium aufzufordern, die mit den Fürsten Solms-Braunfels und Wied abgeschlossenen Verträge der Landesvertretung vorzulegen." — Abg. Ebert vertheidigt seinen hincrichtlich unterküssten Antrag, welchem er einen Rückblick auf die ganze Entschädigungsangelegenheit vorausdrückt. Er geht bis auf die Rheinbundsatze, und die darin den Standesherrn zugestanden Rechte zurück, kommt auf den Stabslichen Antrag im Herrenhause zu sprechen und auf die damals beschlossene Declaratation. Es lasse sich gar nichts Abnormeres denken, als daß klare Bestimmungen der Verfassung durch Verordnungen fallen alteriert werden können. Aber die Hoffnung bleibt noch, diese Verordnungen abzuändern, wosfern Entschädigungen zugelassen sind, die dann der Beurtheilung des Hauses unterliegen. — Der Regierungskommissar: Das Hauptextraordinarium besteht, so lange der Etat besteht, und unter diesen Titel gehören alle unvorhergesehenen Ausgaben, so auch diese. In der Verfassung ist vorgeschrieben, daß zur Kontrolle die Regierung eine allgemeine Rechnung vorlegen soll. Der hier in Rede stehende Fonds ist zur Disposition des Finanzministers; alle Bewilligungen aus diesem Fonds bedürfen der Allerhöchsten Genehmigung. Bezuglich des gestellten Antrages ist festgestellt, daß die Regierung am 11. Juni 1854 autorisiert worden ist, die verlorenen Rechte der Reichsumittelbaren wieder herzustellen. Die Entschädigungssumme sei sofort zu leisten gewesen und darum habe sie die Regierung aus diesem Fonds gegeben. Bei der Rechnungslage werde die Gelegenheit zu weiterer Erörterung gegeben werden.

Abg. Waldeck: Auch heute sei die Gelegenheit gegeben, umso mehr, als die Verträge noch nicht abgeschlossen sind, so daß etwaige Fehler redressirt werden können. Mit dem Gesetz von 1854 und der Verordnung von 1855 sei die Sache feineswegs abgemacht. Nicht alle Rechte sind für die Standesherren wieder hergestellt, sondern nur die in der Wiener Akte (Artikel 23 und 42) und in der Bundeakte (Artikel 14) angeführten. Die Gelegenheit der Verordnung ist an den somit gezogenen Kreis gebunden und das hat sie gegeben; dem Kommissar v. Tresberg ist also ein größerer Kreis nicht zugestanden worden; hat er ihn überschritten, so hat die Landesvertretung die nachträgliche Genehmigung event. zu geben. Solche Überschreitungen sind aber vorgekommen und der Vertrag mit dem Fürsten zu Niederau gebe einen deutlichen Beweis dafür, denn es ist ihm das Recht eingeräumt, den Bürgermeister zu Niederau zu ernennen, was er nicht hat; in der Wiener und in der Bundeakte hat er nur das Recht der Ortspolizei; die Instruction von 1820 ist aber seit 1848 aufgehoben. Das Haus hat also Anlaß, von jenen Verträgen Einsicht zu nehmen; sind darin Überschreitungen vorgekommen, so sind sie nicht rechts gültig. — Der Minister v. Jagow: Die Verträge werden veröffentlicht und das Haus könne sich überzeugen, wie weit sie mit den Verordnungen übereinstimmen. Die Materie darf hier nicht so belanglos abgewartet werden; der Antrag werde besser bei Beurtheilung der Verträge gestellt werden. — Abg. Osterath: Sollte dieser Titel auch abgelehnt werden, so werde doch die Ausgabe geleistet bleiben. Der gestellte Antrag sei ein ganz selbstständiger, und in dem Etat der Medicinalverwaltung werde man noch einmal darauf zurückkommen können. Die Beurtheilung des Antrages an die Kommission sei zu empfehlen. — Der Minister v. Jagow: Die Frage, ob die Regierung sich innerhalb der Bestimmungen des Gesetzes befinden habe, sei hier nicht zu erörtern; war die Summe zu zahlen, so hätte sie auch ohne Extraordinarium gezahlt werden müssen. Hier sei nicht der Ort, die Sache zu beraten. — Abg. Ebert: Die Beurtheilung des Antrages läge seiner Begrabung gleich; er halte denselben aufrecht.

Abg. Waldeck: Die Verträge sollen nur durch Kreisblätter veröffentlicht sein; das genüge nicht. Dem Fürsten Solms sei die Ernennung von drei Kreisrichtern, von Subalternen eingeräumt, und das sei sicher eine Überreicheitung. Das Haus müsse die Rechte aller Staatsbürger wahren. — Der Minister v. Jagow: Die Publication ist in geheimer Weise in den Amtsblättern geschaffen. Auf das Material könne er in dem Augenblicke nicht eingehen; der Antrag ist ein solcher, der sich auf das Verhältnis zu den Standesherren bezieht und in einer Verbindung mit dem Etat steht. — Abg. v. Beughem: Der Vertrag mit dem Fürsten Wied ist nicht vollständig publiziert; die Artikel in Bezug auf die Geldentschädigungen sind nicht publiziert. — Abg. Rohde: Solche Anträge müßten der Regierung vorher mitgetheilt werden; der Antrag sei bisher noch nicht angeregt, gehöre nicht hierher und habe eine weit über das Budgethinausgehende Tragweite. Seine Behandlung als besonderen Antrag empfiehlt sich. — Abg. Ebert: Man hätte gleich bei der Budgetberatung die Verträge vorlegen müssen, welche in den betreffenden Kreisen eine große Misstimming erregt; dort sei der preußische Patriotismus erschüttert. — Abg. v. Hoverbeck: Die Herren Waldeck und Ebert sind nicht Mitglieder der Budgetkommission, könnten

also den Antrag dort nicht stellen. Der Antrag gehöre sicher hierher, denn die Entschädigungssumme ist aus dem Extraordinarium gezahlt, ohne Mitwirkung der Landesvertretung. — Abg. v. Beughem hat nicht von einer Misstimming gesprochen; die anfängliche Misstimming sei geschwunden, das liege aber in der Persönlichkeit des Fürsten. — Abg. v. Bockum-Dolfs: Der Antrag sei zu rechter Zeit und rechter Stelle gestellt.

Abg. Ebert hat seine Nachrichten aus eigenen Quellen geschnappt; die Misstimming bezieht sich nur auf den Kreis Braunsfeld. — Abg. Schubert: Es handelt sich hier nur um die Genehmigung einer allgemeinen Summe pro 1862, deren Prüfung dann bei der Rechnungslage vorbehaltlich bleibt. — Die Diskussion ist geschlossen. — Der Ref. Abg. Dunker kam im Namen der Kommission keine Erklärung abgeben; der Antrag sei hier an der Stelle. Man dürfe die Sache nicht hinausschieben, sonst werde die Regierung nie in die Lage kommen, einen Nachweis zu führen. Man sehe hier, wie möglich der ganze Budgetposten sei und welchen Spielraum er der Regierung gebe, während andererseits das Haus keine Kontrolle mehr habe. Der Antrag der Budgetkommission: "Das Haus der Abgeordneten wolle ferner beschließen, das Hauptextraordinarium am Schlusse der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben als ein besonderes Kapitel unter folgender Überschrift aufzuführen: 'Reservefonds zu unvorhergesehenen außerordentlichen Ausgaben, über welchen der Finanzminister vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung der Landesvertretung verfügen kann', sei ein Vermittelungsantrag, denn wollte man strikte der Verfassung in ihrem Artikel 99 nachkommen, so müßte der ganze Posten gestrichen werden. Man will aber der Regierung einen Ausgabenfonds bewilligen zu unvorhergesehenen Sachen, aber dieser Fonds darf nicht benutzt werden, um Ausgaben zu machen, zu denen das Haus seine Bevollmächtigung geben müsse. — Der Minister v. d. Heydt: Kein Finanzminister wird den Mut haben, große Summen anzugeben auf die Gefahr hin, nachher von der Landesvertretung ein Recht zu verlangen. Er werde allerdings darin nicht so eingeschränkt sein; ein Hauptextraordinarium im Interesse der Verwaltung sei aber nicht abzulehnen. Aus der bisherigen Verwaltung könne man kein Motiv hernehmen, zu verlangen, was bisher bewilligt worden ist. Das heße Alles in Frage stellen. Es kämen Ausgaben vor, welche nicht befriedigt, zum größten Nachteil des Landes gereichen würden. Eine Verminderung des Hauptextraordinariums möge man vermeiden. Die Finanzverwaltung sei eine rechte gewesen und es sei kein Anlaß zu solchen Reduktionen. — Die Diskussion ist durch die Entgegning des Ministers wieder aufgenommen und es erhält das Wort Abg. Birchow: Grade die Worte des Ministers zeigten die Richtigkeit des Kommissionsantrages. Durch den Antrag der Kommission wurde auf ein früheres Verfahren zurückgegangen und derselbe empfiehlt sich um so mehr, als bei dem Extraordinarium eben verschiedene Minister konkurriren. — Der Finanzminister: Er befindet sich im Einklang mit der Erklärung des Regierungskommissars; die Regierung werde niemals anstreben, Beläge für die gemachten Auslagen beizubringen. Bezuglich von Bevollmächtigungen für Staatsbauten habe er zu bemerken, daß auch er der Meinung sei, die Petition hätte als Etatsüberschreitung an bezeichnender Stelle eingereicht werden können. — Abg. v. Hoverbeck: Es sei der Zweifel geäußert worden, ob ein Finanzminister nicht Bedenken tragen würde, Hunderttausende auf seine Verantwortlichkeit zu verwerfen; die Regierung habe aber Millionen auf die Militärorganisation verwendet. — Der Antrag der Kommission, wie auch der Antrag Ebert werden mit sehr großer Majorität angenommen. — Die 4 Titel werden genehmigt.

Die 7 Titel der Pensionen und Kompetenzen werden genehmigt. V. Oberpräsidium und Regierungen. Zu Titel III. Besoldungen, hat die Kommission beantragt: "das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, bei Position 4 des Titels III. 3000 Thlr. und bei Position 5 desselben 600 Thlr. für die beiden neuen Dirigentenstellen in Oppeln und Gumbinnen abzusegnen." — Der Kultusminister v. Mühlner bittet um Vertagung der Diskussion auf fürre Zeit, weil er Material erwartet, das er dem Hause vorlegen will. (Es geschieht und die Abstimmung über die 6 Titel werden vorbehalten.) — VI. Rentenbanken. Die 4 Titel und die 2 Titel der Depositentäfte für den Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Köln werden genehmigt. — VIII. Allgemeine Fonds. Titel III. Unvorhergesehene Ausgaben. Hierzu ist der Bausantrag vom Abg. Ebert gestellt, "das Ministerium aufzufordern, die mit den Fürsten Solms-Braunfels und Wied abgeschlossenen Verträge der Landesvertretung vorzulegen." — Abg. Ebert vertheidigt seinen hincrichtlich unterküssten Antrag, welchem er einen Rückblick auf die ganze Entschädigungsangelegenheit vorausdrückt. Er geht bis auf die Rheinbundsatze, und die darin den Standesherrn zugestanden Rechte zurück, kommt auf den Stabslichen Antrag im Herrenhause zu sprechen und auf die damals beschlossene Declaratation. Es lasse sich gar nichts Abnormeres denken, als daß klare Bestimmungen der Verfassung durch Verordnungen fallen alteriert werden können. Aber die Hoffnung bleibt noch, diese Verordnungen abzuändern, wosfern Entschädigungen zugelassen sind, die dann der Beurtheilung des Hauses unterliegen. — Der Regierungskommissar: Das Hauptextraordinarium besteht, so lange der Etat besteht, und unter diesen Titel gehören alle unvorhergesehenen Ausgaben, so auch diese. In der Verfassung ist vorgeschrieben, daß zur Kontrolle die Regierung eine allgemeine Rechnung vorlegen soll. Der hier in Rede stehende Fonds ist zur Disposition des Finanzministers; alle Bewilligungen aus diesem Fonds bedürfen der Allerhöchsten Genehmigung. Bezuglich des gestellten Antrages ist festgestellt, daß die Regierung am 11. Juni 1854 autorisiert worden ist, die verlorenen Rechte der Reichsumittelbaren wieder herzustellen. Die Entschädigungssumme sei sofort zu leisten gewesen und darum habe sie die Regierung aus diesem Fonds gegeben. Bei der Rechnungslage werde die Gelegenheit zu weiterer Erörterung gegeben werden.

Abg. Waldeck: Auch heute sei die Gelegenheit gegeben, umso mehr, als die Verträge noch nicht abgeschlossen sind, so daß etwaige Fehler redressirt werden können. Mit dem Gesetz von 1854 und der Verordnung von 1855 sei die Sache feineswegs abgemacht. Nicht alle Rechte sind für die Standesherren wieder hergestellt, sondern nur die in der Wiener Akte (Artikel 23 und 42) und in der Bundeakte (Artikel 14) angeführten. Die Gelegenheit der Verordnung ist an den somit gezogenen Kreis gebunden und das hat sie gegeben; dem Kommissar v. Tresberg ist also ein größerer Kreis nicht zugestanden worden; hat er ihn überschritten, so hat die Landesvertretung die nachträgliche Genehmigung event. zu geben. Solche Überschreitungen sind aber vorgekommen und der Vertrag mit dem Fürsten zu Niederau gebe einen deutlichen Beweis dafür, denn es ist ihm das Recht eingeräumt, den Bürgermeister zu Niederau zu ernennen, was er nicht hat; in der Wiener und in der Bundeakte hat er nur das Recht der Ortspolizei; die Instruction von 1820 ist aber seit 1848 aufgehoben. Das Haus hat also Anlaß, von jenen Verträgen Einsicht zu nehmen; sind darin Überschreitungen vorgekommen, so sind sie nicht rechts gültig. — Der Minister v. Jagow: Die Frage, ob die Regierung sich innerhalb der Bestimmungen des Gesetzes befinden habe, sei hier nicht zu erörtern; war die Summe zu zahlen, so hätte sie auch ohne Extraordinarium gezahlt werden müssen. Hier sei nicht der Ort, die Sache zu beraten. — Abg. Ebert: Die Beurtheilung des Antrages läge seiner Begrabung gleich; er halte denselben aufrecht.

Abg. Waldeck: Die Verträge sollen nur durch Kreisblätter veröffentlicht sein; das genüge nicht. Dem Fürsten Solms sei die Ernennung von drei Kreisrichtern, von Subalternen eingeräumt, und das sei sicher eine Überreicheitung. Das Haus müsse die Rechte aller Staatsbürger wahren. — Der Minister v. Jagow: Die Publication ist in geheimer Weise in den Amtsblättern geschaffen. Auf das Material könne er in dem Augenblicke nicht eingehen; der Antrag ist ein solcher, der sich auf das Verhältnis zu den Standesherren bezieht und in einer Verbindung mit dem Etat steht. — Abg. v. Beughem: Der Vertrag mit dem Fürsten Wied ist nicht vollständig publiziert; die Artikel in Bezug auf die Geldentschädigungen sind nicht publiziert. — Abg. Rohde: Solche Anträge müßten der Regierung vorher mitgetheilt werden; der Antrag sei bisher noch nicht angeregt, gehöre nicht hierher und habe eine weit über das Budgethinausgehende Tragweite. Seine Behandlung als besonderen Antrag empfiehlt sich. — Abg. Ebert: Man hätte gleich bei der Budgetberatung die Verträge vorlegen müssen, welche in den betreffenden Kreisen eine große Misstimming erregt; dort sei der preußische Patriotismus erschüttert. — Abg. v. Hoverbeck: Die Herren Waldeck und Ebert sind nicht Mitglieder der Budgetkommission, könnten

Edikt von 1817. Die Regierung verlange eine solche Bestimmung, sie lege ein großes Gewicht darauf und halte sie für so unentbehrlich, daß mit der Befestigung des Paragraphen auch das Gesetz als befeitigt angesehen werden muß. — Der Abg. Ebert pflichtet dem Minister bei, kommt aber zu entgegengesetzten Folgerungen; das Gesetz sei ein Danaergesetz. — Abgeordneter v. Binde: Ein horrender Grundatz: die allgemeine Verdächtigkeit liege dem Gesetz nicht zu Grunde. Grade die beiderre Verdächtigkeit allein werde dadurch ins Auge gefasst. So lange man Präventionsregeln habe, könne man wohl die Legitimationspflicht nicht entbehren. Man möge jost doch lieber gleich auf Abschaffung der Polizei antragen. Man könnte höchstens danach fragen, wie kommt die Regierung dazu, ein nothwendiges Recht noch beiderseits im Gesetz zu formulieren. — Ein Antrag auf Schlüß wird abgelehnt. — Abg. Oppermann: Man wolle der Polizei nicht das Recht nehmen, ausnahmsweise einem Verdächtigen die Legitimation abzufordern. Man müsse den §. 3 mit den Motiven in der Regierungsvorlage in Verbindung bringen. Da sei anerkannt, daß die Zahl der Verdächtigen unter den Reisenden unbedeutend gegen die Zahl der Unbescholteten sei, wie könnte man also die Legitimationspflicht zu einer allgemeinen machen? Er bedauert, gegen den §. 3 stimmen zu müssen, denn Ausnahmegerichte müsse man zwar haben, die Ausnahme aber nicht zur Regel machen wollen.

Der Minister des Innern begreift nicht, wie man sagen könne, eine Bestimmung, die nur für Ausnahmefälle getroffen sei, dürfe nicht in das Gesetz aufgenommen werden. Es sei eben nicht möglich, in diesem Paragraphen die Ausnahme aufzuführen, ohne die Regel allgemein zu machen. — Abg. Dr. Giecht: Wenn das Schicksal des ganzen Gesetzes vom §. 3 abhängt, müsse man denjenigen annehmen. Jeder Versuch, die allgemeine Verdächtigkeit von der beiderseits zu trennen, sei vergebens. Es sei nur der Schutz bei starkem Einschreiten der Gerichte zu suchen. Entziehe man der Polizei die Befreiung, eine Legitimation zu fordern, so ist dann nichts erreicht, und wenn sich einer darauf berufen sollte, daß er keine Legitimation brauche, dann werde die Polizei mit Verhaftung antworten. Ob der Paragraph so oder so gefaßt, ob er aufgenommen oder gestrichen wird, das praktische Verfahren werde dasselbe bleiben. — Abg. v. Mallinckrodt: Man habe dem Paragraphen eine principielle Frage beigelegt, die übertrieben sei. Es handelt sich nur um den Übergang eines salzhafte Zustandes zu einem gesetzlichen, denn man fordert schon jetzt sehr selten den Paß. Es scheine auch nicht, daß die Regierung gekommen sei, Missbräuch mit der Bestimmung zu treiben. Redner schlägt vor das Wort "Reisende" gefordert zur Abstimmung zu bringen. Dies Wort bildet den Unterschied zwischen der Regierungsvorlage und dem Kommissionssantrag. — Nachdem auch noch Abg. v. Könne (Solingen) und — Der Referent Abg. Neide macht nochmals auf den Unterschied zwischen Paß- und Legitimationspflicht aufmerksam. Durch Aufhebung jener werden den Chikanen ein Siegel vorgeschnitten. Auch verwöhne man Gesetze und Ausübungen deselben. — Bei der Abstimmung wird §. 3 nach zweifelhafter Abstimmung durch Aufsteben und Sitzenbleiben bei der Bählung mit 120 gegen 110 Stimmen angenommen, und da die Majorität weniger als 15 Stimmen beträgt, beantragt der Abg. Frentzel die namentliche Abstimmung, welche ergibt, daß von 233 Abwesenden 120 sich für, 113 gegen den Paragraphen aussprechen.

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. — Der §. 4 wird ohne Diskussion angenommen. Ein zu §. 3 von dem Abg. v. Könne (Solingen) gestelltes Amendment wird ohne Diskussion verworfen, die §§. 5 und 6 werden nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen; der §. 7 nach dem Antrage der Kommission gestrichen; die §§. 8 und 9 und dann der ganze Entwurf nach den heutigen gefassten Beschlüssen genehmigt. — Der Finanzminister legt den in Aussicht gestellten Gesetzentwurf, betreffend die Generalisierung der Polizeileichterungen bei den Verträgen mit Frankreich vor, worauf die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten auf Montag vertagt wird. — Es werden nächste Woche Sitzungen am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend stattfinden. — Tagesordnung für Montag: Aufhebung der Revision des Grundsteuerkatasters für Albenland und Westfalen; Gesetzentwurf über die Bergwerksabgabe; Budgetberichte; Petitionsberichte. — Mittwoch: Etat der Justizverwaltung; Petitionsberichte. — Freitag: Etat für die Bergwerksverwaltung; Petitionsberichte. — Sonnabend: Petitionsberichte.

Aus der vorgestern Abend und gestern früh fortgesetzten Berathung der Budgetkommission über den Militäretat ist zunächst hervorzuheben, daß der Civilverteidiger des Kriegsministeriums auf Anfrage erklärte, die am Dienstag im Namen der Regierung abgegebene schriftliche Erklärung sei vom Kriegsminister in Übereinstimmung mit dem Finanzminister erlassen; ob dieselbe im Staatsministerium berathen sei, wisse er nicht; zu einer authentischen Declaratation, namentlich des Ausdrucks "maßgebende Stimme" war der Kommissar nicht autorisiert; seine persönliche Auffassung ging dahin, daß das Recht der Landesvertretung innerhalb der Grenzen der Verfassung durch jene Erklärung anerkannt, durch die in Frage stehenden Wendungen nicht befeitelt werde. Es wird dabei in der Kommission bedauert, daß die Minister nicht persönlich anwesend seien.

Von den gestern gefassten einzelnen Beschlüssen ist hervorzuheben, daß auf Antrag des Abg. Stavenhagen die Kommission einstimmig beschlossen, die Regierung zu keiner andern Eintheilung der Armee (Divisionen, Brigaden) aufzufordern, bei der zugleich die Zahl der höhern Offiziere bekränzt würde. Im übrigen wurde besprochen, umwieviel solche Stellen, wie der Kommandant von Breslau, der Ober-Kommandant in den Marken und Gouverneur von Berlin, und der Gouverneur in Luxemburg neben einem Kommandanten dasselbe nötig seien; die betreffenden Positionen wurden indeß nicht gestrichen; der Bevölkerung wegen des Gouverneurs in Luxemburg wurde ausgesetzt, bis darüber, ob die Stelle auf einem Bundesbezirk oder Staatsvertrag mit Holland beruhe, weitere Auskunft ertheilt sei; die Regierungskommissare könnten gestern keine Auskunft geben.

Eine längere Diskussion traf gestern das Protokoll, über die letzte Sitzung. Der Abgeordnete Behrend hatte vorgestern einen Antrag von untergeordn

wendig sein; durch keine Gesetzgebung werde dieselbe berührt; durch die Streichung solcher Ausgaben komme man mit der Stimmung des Landes in Widerspruch; die Landesvertretung müsse nicht in den selben Fehler der „stumpfen Negation“ fallen, wie die Regierung, dürfe nicht Beschlüsse fassen, durch welche Truppenheile desorganisiert würden; ähnlich mache v. Kirchmann geltend: die prinzipielle Bekämpfung der Reorganisation schließe die Bewilligung nützlicher Ausgaben zur Besserung der alten Organisation nicht aus; im Ordinarien müsse man sie bewilligen. — Die Militärveterreter des Kriegsministeriums erklärten, keinen Anlaß zu einer Neuordnung zu haben. — Bei der Abstimmung wurde zunächst mit 27 Stimmen beschlossen, die 23,011 Thlr. ins Extraordinarium zu setzen; für die Genehmigung stimmten nur sieben. Am Weiteren beantragte bei der Position „Geldverregelung der Truppen“ Abg. Stavenhagen: „die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung die Truppen des Garde-Körpers in ihrer Stärke und ihren Kompetenzen den Einheitstruppen gleichstellen werde.“ Für den Antrag sprachen, wesentlich vom Standpunkte der Gerechtigkeit, welche die Gleichstellung erfordere, der Antragsteller und die Abg. v. Hennig, van der Leeden, Kerst; seitens der Vertreter des Kriegsministeriums wurde hingewiesen auf die einmal bestehende Observeanz. Widerspruch gegen den Antrag erfolgte aus der Kommission nicht; derselbe wurde daher für einstimmig angenommen erklärt. Der Antrag des Referenten bei dieser Position ging in Bezug auf die Infanterie auf Streichung von 2,921,280 Thlr. Kosten der Reorganisation. Abg. Zweiten beantragte dagegen, bei diesem Titel „Bebauung der im Jahre 1863 vollständig durchzuführenden zweijährigen Präsenz der Infanteristen bei der Fahne 60,000 Thlr. für das vierte Quartal dieses Jahres abzusezen.“ Abg. Stavenhagen wollte „die Erwartung aussprechen, daß die königliche Staatsregierung den Etat der Infanterie und Jäger um die Gesamtzahl der jährlich zur Einstellung gelangenden Recruten, also um etwa 43,000 Mann reduzieren werde.“ Abg. Zweiten bestätigte seinen Antrag als einen vorbereitenden für die gänzliche Durchführung der zweijährigen Dienstzeit; die Zahl — es würden etwa 8000 Mann zu entlassen sein — sei ganz zufällig gegriffen, nur um die Position zu markieren; bei der zweijährigen Dienstzeit und einer Aushebung von 45,000 Mann jährlich, à 70 Thlr. per Mann, würden 3,150,000 Thlr. jährlich gespart. Nachdem der Zweite seine Antrag als ungenügend von mehreren Seiten bekämpft war, wurde derselbe gegen drei Stimmen abgelehnt. — Abg. Stavenhagen bezeichnete seinen Antrag als die „fiktive Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie“. Der Antrag wurde wesentlich damit bekämpft, daß man der Regierung nicht mit Vorshlägen kommen wolle, sondern ihre Vorschläge erwarte. Die Ablehnung des Antrags erfolgte mit allen gegen 2 Stimmen. Damit trat Beratung ein. Die nächste Sitzung findet heute Abend um 7 Uhr statt.

Lokales und Provinzielles.

Posen. 11. August. [Der Erzbischof von Posen] hat während seiner Amtherrschaft in Rom vom Papste einige ehrenvolle Geschenke, und vom römischen Municipium die Würde eines Nobilis Romanus erhalten, aber eben dasselbe ist allen Erzbischöfen und Bischöfen, welche sich damals zur Feier der Kanonisation in Rom aufhielten, zu Theil geworden. Das offizielle „Giornale di Roma“ vom 11. Juni teilt darüber Näheres mit. Die Geschenke bestanden unter Anderem in einer schönen Medaille, deren eine Seite das Porträt Sr. Heiligkeit, die andere eine Abbildung der wieder aufgebauten östlichen Basilika darstellt. Die Repräsentanten des römischen Municipiums haben durch Beschluss vom 22. Mai alle damals in Rom anwesenden Erzbischöfe und Bischöfe unter die Mitglieder der römischen Bürgerschaft und des römischen Adels aufgenommen. Es wird weiter vom „Giornale di Roma“ mitgetheilt, daß der Erzbischof von Posen ein mal (am 3. Juni) vom Papste empfangen worden sei, und daß ihm keine Auszeichnung zu Theil geworden, die nicht gleichzeitig jeder der in Rom anwesenden fremden Erzbischöfe und Bischöfe erhalten hat.

Heute Morgen gegen 11 Uhr kehrte die fünfte Artilleriebrigade, so weit sie hier garnisonirt, von den alljährlich in Glogau abzuhaltenen Schießübungen zurück.

[Personenveränderungen im 5. Armeekorps.] Am 31. Juli wurde v. Grodki, Pr. Lieut. vom Train-Bat. des 5. Armeekorps, unter Verfolgerung zum Rittmeister und Kompaniechef zum Train-Bat. des 1. Armeekorps versetzt. v. Manstein, Pr. Lieut. à la suite des 1. Schles.-Dragoner-Reg. Nr. 4 wurde in das Train-Bat. des 5. Armeekorps versetzt. Am 30. Juli wurde Jenisch, Intendanturraffessor, vom 1. zum 5. Armeekorps versetzt.

Nach dem „Nadwislani“ ist die Frau Fürstin Czartoryska in keiner andern Abicht hierher gekommen, als um ein Grundstück zur Aufführung eines Palastes zu erwerben und dann hier dauernden Wohnsitz zu nehmen. Ihr Hotel Lambert in Paris hat die Frau Fürstin ihrem Sohne abgetreten. Der junge Prinz Marcell, welcher dieselbe hierher begleitet hat, ist nicht ein Sohn des Fürsten Adam, sondern des Fürsten Alexander.

Dasselbe Blatt bestreitet auf das Entschiedene die Angabe der „N. Preuss. Ztg.“, daß die Angelegenheit wegen der bekannten Neuerungen des Herrn Erzbischofs in hiesigen Dome in die Hände der Staatsanwaltschaft übergegangen sei, scheint aber hierüber weniger gut unterrichtet zu sein, als jene Zeitung.

Der bekannte mehrentheils in Rom lebende Priester Kassiewicz hat jetzt mit mehreren anderen polnischen Priestern die ihnen durch die Synode zu Florenz amvertraute Mission, die Union der orientalischen und occidentalen Kirche in Bulgarien herbeizuführen, angetreten.

Die „Bresl. Ztg.“ und nach ihr die Berliner Blätter berichten über einen „bedeutenden Ereiß“, der am 6. d. M. zwischen Civil und Militär hier stattgefunden haben soll. Wir haben über diesen Vorfall trotz angestellter Erkundigungen nichts erfahren können, und wird sich derselbe vermutlich auf eine unbedeutende Rauferei reduzieren, wie sie in der Nähe von Votzen, in denen Spirituosa verlaufen werden, öfter vorkommen, ohne Beachtung zu verdienen. Die Korrespondenzen der „Bresl. Ztg.“ von hier zeichnen sich überhaupt nur durch die Ungehörigkeit der Darstellung aus, mit welcher häufig über hiesige Vorfälle berichtet wird.

Kreis Worms. 9. August. [Markt; Polizeiliches; kirchliche Feier; Landwirtschaftliches.] Auf dem vorgetragenen Martte in Leopoldswörth war sehr viel Kauf nach aller Gattungen aufgetrieben, und fand dasselbe bei reicher Kauflust zu den schon seit längerer Zeit üblichen hohen Preisen willig Abnehmer. Wie immer traten auch diesmal zum größten Theile Händler aus den benachbarten tschechischen und mährischen Kreisen als Käufer auf. Kugelhüte wurden mit mehr als 50 Thlr. bezahlt. Pferde waren ebenfalls in bedeutender Zahl zum Verkauf gestellt; es mangelte jedoch an Käufern, weshalb das Geschäft auch sehr schleppend ging. Nur ein fremder Pferdehändler machte einige Einkäufe von Belang und zahlte für junge Ackerpferde über 100 Thlr. pro Stück. Die zahlreich anwesenden Schäfer machten, weil es einerseits noch mittwoch in der Stadt ist und weil andererseits Kauflustige sich zu den hohen Preisen, welche namentlich die baumwollenen und leinenen Waren durch den amerikanischen Krieg erlangt haben, so leicht nicht vertheilen wollen, im Allgemeinen ein sehr schlechtes Geschäft. — In Folge der vielen nächtlichen Untergänge und Ausschreitungen, die in neuerer Zeit in Leopoldswörth vorgekommen, ist seit dem 1. d. M. auf Antrag der Polizeiverwaltung der Gendarmer Schröder aus Wollstein bis auf Weiteres dorthin kommandiert worden, und es sind seitdem keine Neubeförderungen vorgenommen. Die ruhigen und lohenden Bürger des Städchens sind der Behörde für die Anordnung sehr dankbar und wünschen, im Interesse der ergreifenden Handhabung der gesetzlichen Vorschriften, daß für immer ein Gendarmer in Leopoldswörth stationirt werde. — Am 15. d. M. wird in Rathaus das 200jährige Bestehen des dortigen evangelischen Kirchen-Systems in festlicher Weise begangen werden. Die evangelische Kirche ist zum Fest mit einem nicht unbedenklichen Kostenaufwand restaurirt worden. Dieses Fest fällt zusammen mit dem 200jährigen Bestehen der Stadt Rathaus, indem im Jahre 1862 auf dem Reichstage zu Warschau durch den König Johann Kasimir, deutschen Ansiedler erlaubt wurde, neben dem Dorfe Rathaus eine Stadt und eine evangelische Kirche in derselben zu erbauen. Der Name der Stadt war früher Polnisch Freystadt, derselbe wurde jedoch seit dem Ende des letzten Jahrhunderts nach dem gleichnamigen Dorfe mit Rathaus vertauscht. — In der am 13. d. M. zu Unruhstadt abzuhaltenen Sitzung des Kargen landwirtschaftlichen Vereins wird die für Brennereisteuer sehr wichtige Frage erörtert werden, ob die Brennereisteuer noch ferner in der Art wie bisher erhoben werden soll, oder ob eine andere Art der Besteuerung angenehmen erscheint.

Czaszewo. 10. August. [Wolfsjagd.] So ist denn auch der frige, von allen Jägern und Jagdliebhabern sehr leicht erwartete Tag der Wolfsjagd vorübergegangen. Leider habe ich von hier dasselbe zu berichten,

was Ihnen wohl auch von den andern Orten der Jagd geschrieben werden wird: Monsieur Segrimm ist nicht in der Laune gewesen, seinen Beil leichtfüßig aufs Spiel zu setzen. Im Ganzen waren hier 650 Treiber und 76 Jäger (darunter 5 aus Posen) beteiligt. Die Leitung und Anordnung bei dem hiesigen Treiben lag in den Händen des Herrn v. Taczanowski. Der Wahrschau die Ehre zu geben, müssen wir jedoch gestehen, daß befagte Leitung viel zu wünschen übrig ließ. So kam es, daß (man sah) die eigentliche Jagdgerechte Jagd in einer Stunde abgethan war, — wie erwähnt ohne Erfolg. Viele Treiber zogen eine Lagerung im Walde den Beschwerlichkeiten des Treibens vor. Wir bedauern die auswärtigen Jäger aufrichtig, daß sie die Mühseligkeiten der zum Theil weiten Reise nicht besser belohnt fanden.

** Jarocin, 9. August. [Wolfsjagd.] Die vielbesprochene Wolfsjagd ist vorüber und wie wir hören, in allen 4 Jagdrevieren, ohne Resultat geblieben. In dem Jagdrevier Jarocin fehlten den Jagddirigenten, Herrn v. Schweinitz mehrere mit der Dertlichkeit wohlvertraute Gehilfen, daher fanden Weisverständnisse vor, so daß in dem wichtigsten Treiben der Abtrieb vorbei war, ehe die Schützenkette formt war. Im letzten Treiben löste sich die Schützenkette auf, ehe der Abtrieb erfolgte, daher konnten die umgebetenen Gäste, deren Zahl wohl sehr gering sein mag, noch ungefährt ihr Weisen treiben, wenn sie überhaupt vorhanden sind. Die mit Hau- und Dörngabeln, Knütteln und Spießen bewaffneten Treiber umgingen häufig dichte Waldstellen, so daß es sehr wohl möglich ist, daß die geruchten Thiere ihre Schlupfwinkel gar nicht verlassen haben. Die Zeit wirds lehren. Im Jagdrevier Lubin ist 1 Fuchs und 1 Dachs gefangen worden. Die Zahl der Schützen mag in allen Revieren gegen 300 betragen haben und waren solche aus weiter Ferne herbeigekommen.

Jaraczewo. 9. August. [Wolfsjagd.] Soeben erzählten mir drei von der Jagd aus Gora zurückkehrende Jäger, daß sie auf dem Heimwege zwischen dem Dorfe Lobes und Jaraczewo einen Wolf über die Chaussee haben laufen sehen. Das Thier mußte unbedingt aus dem Walde in einem fortlaufenden Graben seinen Verfolgern entflohen sein. Beweis dafür liefert die ungeheure Mattigkeit des Thieres, das sich nur mit Mühe fortgeschleppte und die Zunge weit heraushängen hatte. Und wirklich berichten auch die Treiber, daß ein von ihnen verfolgter Wolf in einen tiefen Graben gesprungen sei und sich so ihren Blicken entzogen habe. Die Jäger verfolgten den Flüchtling durch ein Kartoffeldorf hindurch, feuerten sogar einige Male auf ihn, kamen ihn aber nicht erreichen. Im Uebrigen hatte die Jagd im Dorfe bei Gora keinen Erfolg. Es waren, wie mir nach ungefährer Berechnung angegeben wird, etwa 70 Jäger und 800 Treiber dort versammelt. Ein Wolf wurde nicht gefunden und die Leute kehrten unverrichteter Sache heim.

— Kosten, 9. August. [Der Ofen], welcher am 3. d. M. nach den Berichten Ihrer Zeitung in einigen Städten des östlichen Theiles unserer Provinz, wie z. B. in Schroda, Bün u. s. w. so schrecklich gewußt, entwickelte auch hier seine Wirkung, zog aber, mit Hinterlassung von einigen Regen und ziemlich starkem Hagel in der Gegend von Kosten, ohne weiteren Schaden angerichtet zu haben, in östlicher Richtung weiter. Jedoch war die Besorgniß, daß nach der vorhergegangenen, fast unerträglichen Schwüle die heranziehenden hochschwangeren Wolken verderbenbringend werden möchten, keine geringe. Schreiber dieses führt zu der Zeit mit der Post, als ihn etwa ½ Meile hinter dem Städtchen Willichow das Unwetter ereilte, und hatte Gelegenheit, dasselbe näher zu beobachten. Der ganze Horizont stiegen auf Seiten von mehreren Sekunden ein einziges Feuermeer zu sein; es waren aber die Gewitterwolken so ganz außerordentlich hoch, daß sogar von den im Zenith erschienenen Blitzen der Schall 16 Sekunden brauchte, um zum Beobachter zu gelangen. Die Blitze, welche, wie selten geschieht, oft sekundenlang stehend erschienen und oft bündelweise sich ipateteten, waren bisweilen an 30 Grad lang, was auf elektrische Entladung von mehreren tausend Schritten Entfernung von Wolke zu Wolke schließen läßt und auf die von den schwulen vorangegangenen Temperaturen begünstigte Erzeugung einer so starken Spannung, das solche so massenhafte Elektricitätserscheinungen möglich macht. Der Donner erklang bei der ungewöhnlichen Höhe der Gewitterwolken selbst von den nächsten Blitzen nur sehr schwach; die Blitze waren selten bläulich-weiss, wellenförmig, und es erschien die Hagelwolke darunter völlig von ersteren getrennt, kurz und mit schwachem Regen schnell vorüberziehend, sehr niedrig. Der furchtbare Sturm, der in einem Augenblick sich erhob und die ganze Ansicht aus dem Fenster des Postwagens in eine Staubwolke verwandelte, drohte den Wagen umzuwerfen; wir mußten einige Minuten stehen bleiben.

Wolfsstein. 7. August. [Gewerbeverein.] In der gestern Abend stattgehabten dritten ordentlichen Versammlung des hiesigen Gewerbevereins wurde durch den Schriftführer zuvorberichtet eine höchst ehrenwolle Zuschrift des ersten Direktors des Vereins, Landrat v. Ullrich-Bomst, verlesen, mit welcher derselbe das erste wertvolle Geschenk zur Gründung der Vereinsbibliothek, „Wagner's chemische Technologie“, dem Vorstand über sandte. Der höchst geheimnsvolle Einband des Buches durch das Vereinsmitglied Buchbinder Schulz fand bei Allen die gebührende Anerkennung. Hierauf beantwortete das Vereinsmitglied Baumeister Schulz die in Reihen stehenden Fragen: „Wie gravirte man Glas, Achatsteine u. s. w.? Wie in Sauer- und Wasserstoffgas zur Beleuchtung zu verwenden?“ in höchst interessanter belehrender Weise, wofür ihm der Vorsteher, Feldmeister v. Knoebelsdorf, im Namen des Vereins Dank abstattete. Demnächst wird Kaufmann Anders einen eingehenden Vortrag über Beleuchtung und namentlich über die Vorzüglich des Solaröls. Bei dem in Aussicht stehenden hohen Preise des gewöhnlichen Brennöls würde das Solaröl jeder Haushaltung bedeutende Vorteile gewähren. Der geöffnete Fragekasten ergab zwei Fragen, nämlich: 1) a. Wodurch ist die Qualität der jetzt in Gebrauch kommenden Dachpappen zu unterscheiden? b. Ist der jetzt übliche Überzug der Pappdächer der zweckmäßigste oder gibt es noch einen besseren? c. Welche Vorricht ist den Pappdächer zuwidern? d. Wie lange halten die Pappdächer im Vergleich zu andern Bedachungsarten? e. Warum deckt man nicht mehr Wohnhäuser mit Dachpappen? 2) Wodurch entsteht der Hausschwamm und welche Vorricht ist zur Verhütung derselben anzuwenden? Welche Mittel dienen zu seiner Verhütung? Beide Fragen kamen zur sofortigen Diskussion und wurden teilweise durch Herrn v. Knoebelsdorf, Baumeister Schulz und Kaufmann Anders genügend erörtert, theils wurden sie fünfzige Begehrungen reservirt. Zum Schluß wurde vom Vorsteher noch die gesetzliche Mittheilung gemacht, daß der Verein seinen Aufschluß an den Breslauer Gewerbeverein bewirkt und auf das Breslauer Vereinsblatt abonniren würde. Der Antrag, statt wie bisher allmonatlich, im Winter alle 14 Tage zusammenzutun, wurde in der Weise angenommen, daß vom 1. Oktober ab zwei Mal monatlich Zusammenkünfte stattfinden, in denen freie Vorträge mit bezüglichen Vorlesungen wechseln sollen. Es schlossen sich wieder mehrere neue Mitglieder dem Vereine an, dessen nützliche Tendenz unter allen Schichten der Bevölkerung hiesiger Stadt und Umgegend immer mehr anerkannt wird.

Zduyn, 9. August. [Verkauf der Apotheke; Kommunales; Unfall.] Die heutige von dem Apotheker Herrn Beinert seit 12 Jahren bestellte privilegierte Apotheke ist für den Preis von 21,000 Thlr. an den Apotheker Schrank aus Görlitz läufig übergegangen. Die Übernahme erfolgt am 1. Oktober d. J. Der hiesige Ort ist durch den Verkauf insofern besonders tangiert, als der bisherige Besitzer, Apotheker Beinert, Magistratsbeisitzer gewesen ist, und bei dessen Abzug, welcher im Oktober d. J. nach Breslau erfolgen soll, die Neuwahl eines Beigeordneten zu erwarten steht. Die sechsjährige Amtszeit des Herrn Julius Kahler als Magistratsmitglied ist abgelaufen, und wurde derselbe bei der stattgefundenen Neuwahl, in Anbetracht seiner Tätigkeit und seines regen Wirkens im Interesse der hiesigen Stadt einstimmig auf eine gleiche Dauer wiedergewählt. — Der Tagelöhner B. von hier fuhr mit Ladung auf der Chausseestrecke von Koźmin hierher. Derselbe war auf dem Wagen eingedrungen, stürzte herunter, und erlitt dabei bedeutende Quetschungen an den Füßen und Händen.

Schubin, 8. August. [Mannover; Abgabe; Sprachenkreis.] Nach den durch das am 6. d. M. hier eingetroffenen Bataillon 21. Infanterie-Regiments aus Gnesen bekannt gewordenen Mittheilungen sind die Dispositionen wegen des in der Nähe von Schubin abzuhalgenden Brigade-Mannövers geändert worden, und sollen nunmehr die Übungen mit Anfang kommender Woche bei Schubin beginnen, durch drei Wochen fortgesetzt und in der Nähe von Schubin beendet werden. — In Bezug auf das Abgabenverhältnis an hiesigen Orte muß ich meine letzte Angabe darin berichtigten, daß einzelne Personen sogar 150 Prozent der Einkommensteuer als Kämmererbeitrag entrichten müssen. An Kreis-Kommunal- und Chausseebaubetrag wird in diesem Jahre 1/3 des Klassen- und Einkommensteuerabes erhoben, und haben zu diesem Beitrag von den Städten des hiesigen Kreises pro 1862 aufzubringen: Schubin 1103 Thlr. 9 Sgr. 4 Pf., Crim 878 Thlr. 27 Sgr.

3 Pf., Lubiszyn 848 Thlr. 24 Sgr. 9 Pf., Bün 535 Thlr. 2 Sgr. 3 Pf., Barcin 232 Thlr. 2 Sgr., Rynarzewo 199 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf. und Gonjawo 193 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf. — Die Liebergriffe Einzelner in der Sprachenfrage der hiesigen Provinz mehren sich auch im hiesigen Kreise. Der Kommandarius K. in B. war mit Errichtung einer Sonntagschule in seiner Pfarrgemeinde beschäftigt und schrieb in dieser Angelegenheit am 2. August 1861 an den königlichen Regierungs- und Schulrat Repilly zu Bromberg einen Brief, in welchem er denselben ersuchte, ihm eine nähere Information für die zu treffende Errichtung zu liefern. Er hatte sich in diesem Briefe der politischen Sprache bedient. Als hierauf der Regierungs- und Schulrat Repilly in einem eigenhändig Schreiben vom 19. August 1861 in deutscher Sprache deutlich geantwortet und namentlich angeführt hatte, daß neben der Auffrischung des Elementarunterrichts die Pflege einer wahren religiösen Erziehung und ruhigen friedlichen Haltung, so wie jeder Bürgertugend und Unterthanentreue Hauptaufgabe der Sonntagschule seien mitte, empfing er in Erwideration dessen einen Brief des Kommandarius K. vom 24. August 1861 in polnischer Sprache, welcher in deutscher Übersetzung dahin lautet:

„Es war mir lieb, als ich einen Brief von Ew. Hochwohlgeboren erhielt, aber es hat mich tief betrübt, als ich denselben eröffnete und deutsche Schrift wahrgenommen. Wenn Ew. Hochwohlgeboren als Inspector polnischer Schulen in einem polnischen Lande den Polenthum so entgegen sind, daß Sie auf polnische Privatbriefe deutsch antworten, obwohl Sie des Polnischen mächtig sind, so erkläre ich hiermit, daß es mir nicht möglich war, die Sache zu lesen, und deshalb schick ich das Schreiben ungelesen zurück. Ich würde mir selbst zu nahe treten, wenn ich von einem Freunde des Polenthums Rath annehmen sollte. Ich schäme mich vollständig, daß ich an Ew. Hochwohlgeboren mit Hochachtung geschrieben habe.“

Die königliche Regierung zu Bromberg hat das in Rede stehende Schriftstück der königlichen Staatsanwaltschaft hier mitgetheilt, und ist der Kommandarius K. infolge der erhobenen Anklage auf Grund des §. 102 des Strafgesetzbuches wegen Beleidigung eines Beamten, in Beziehung auf seinen Beruf, mit einer Woche Gefängnis bestraft worden. Die königliche Staatsanwaltschaft hat die Entstiftung des ersten Richters, welche den die Korrespondenz des Angeklagten mit dem Regierungs- und Schulrat Repilly einleitenden Brief vom 2. August 1861 ein Privatreiben neint und um dessenwillen den Angeklagten entschuldigt findet, weil er auf dies Privatreiben ein amtliches als Antwort erhalten, nicht für streng gerechtfertigt erachtet und mit dem Antrage auf Verhängung einer höheren Strafe gegen den Angeklagten folgt. Das königliche Appellationsgericht zu Bromberg hat demnächst auch die Ueberzeugung gewonnen, daß der Regierungs- und Schulrat Repilly in dem Schreiben vom 2. Aug. 1861 in seiner Eigenschaft als Geistlicher und Schulrat von dem Angeklagten angegangen worden ist, und das Strafmaß erster Instanz auf drei Wochen Gefängnis erhöht.

Die Beteiligung der katholischen Geistlichkeit polnischer Binge an dem Nationalitätsstreite der hiesigen Provinz, welche so verwerthlich die kirchlichen mit den Nationalitäts-Interessen verbindet, ist wahrlich nicht geeignet, die Achtung der deutschen Katholiken von den Verwaltern der katholischen Interessen zu erhalten und zu erhöhen, und es ist nur der intensive Glaube der deutschen Katholiken, welcher sich durch solche Identifizierung der kirchlichen mit den Nationalitäts-Interessen der Kirche nicht entfremdet, im Gegenteil erkennt lässt, daß der Geistliche auch nur Mensch und als solcher nicht fehlfrei ist. Die katholische Kirche, welche nach der Bedeutung ihres Namens nicht die Kirche einer einzelnen Nationalität, sollte in ihren höheren Vorständen dem Gebaren einzelner Geistlichen polnischer Binge mit großer Entschiedenheit entgegentreten; die Vorstände würden dadurch nicht allein ihren Angehörigen deutscher Abkunft gegenüber ihrer Schuldigkeit nachkommen, sondern auch indirekt sicherlich der polnischen Nationalität wesentliche Dienste leisten, als durch übel angebrachte Nachricht.

M. Das Turnfest in Kosten.

Es war seit langer Zeit gestern wieder zum ersten Male, daß ein Vergnügungs-Extrazug vom hiesigen Bahnhofe abgehen und mehr denn zweihundert (wie uns gesagt wurde 234) frohe Leute nach Kosten zum Turnfest führten sollte. Ein reges Leben herrschte auf dem Perron. Herren und Damen, die Turner natürlich in weißem Drillanzuge, die Sänger in fashionabler schwarzer Tuchgewändern, pilgerten ungezwungen und harmlos auf und nieder. Man war so wie so schon etwas zeitiger gekommen und hatte erst

Es war ein wohlthuendes Gefühl, so herzlich hier willkommen geheißen zu werden, und das kräftige „Gut Heil“, welches der Stadt zugeflüchtet ward, kam aus vollem Herzen.

Vor dem Feldmann'schen Lokal (Hotel de Pologne) wurde eingeschwenkt und dann die Fahne untergebracht.

Hierauf marschierten die Turner, welche die Posener Gäste eingeholt hatten, um eine Deputation Posener Turner verstärkt, wieder nach dem Bahnhofe hinaus zum Empfang anderer lieber Gäste, während die Zurückbleibenden das Lokal besetzten, um vorläufig den gebieterischen Anforderungen des Magens einigermaßen gerecht zu werden.

(Schluß folgt.)

Landwirthschaftliches.

Kosten. 5. August. Das Drillen der Getreidesäaten gewährt — wie uns durch einen renommierten Landwirth, der hiermit Versuche angestellt, mitgetheilt ist, einen außerordentlichen Vortheil und durch die erzielten günstigen Resultate dürfte die Frage: „ob das Drillen der Getreidearten im Großen zu empfehlen sei, eine günstige Lösung gefunden haben. Die hier gemachten Versuche haben folgende Resultate ergeben, und zwar: bei Roggen nach Kartoffelrucht bei Haarsaat von 14 Mezen pro Morgen: Ernte 3 Schot 2 Garben, Ausdruck 9 Scheffel 8 Mezen, Strohtrug 1975 Pfund; auf demselben Acker bei Drillsaat von 8 Mezen pro Morgen: Ernte 3 Schot 24 Garben, Ausdruck 12 Scheffel 2 Mezen, Stroh 2230 Pfund; Roggen nach Kleefrucht bei Haarsaat 14 Mezen pro Morgen: Ernte 3 Schot 23 Garben, Ausdruck 11 Scheffel 8 Mezen, Strohtrug 2230 Pfund; auf demselben Acker bei Drillsaat 8 Mezen pro Morgen Aushaar: Ernte 3 Schot 26 Garben, Ausdruck 13 Scheffel 4 Mezen, Stroh 2520 Pfund. — Einen noch eklateranteren Erfolg der Drillsaat ergab das Säen von 6 Mezen Roggen (nach Raps) auf einer Fläche von 1 Morgen: 70 Quadratruthen, von welcher die Ernte 18 Scheffel 8 Mezen zu 15 Pfund Gewicht lieferte. — In einzelnen Fällen haben die Versuche der Drillsaat den Extrakt der Breitzaat nicht erreicht. Bei Drillsaaten ist hervorzuheben, daß jedes Körnchen eine gleichmäßige Erdbedeckung hat, somit gleichmäßig aufgeht und eine gleichmäßige Ernte herbeiführt. Bei ganz dünnen und entrogenen Jahren würde das Drillen nicht vortheilhaft sein, weil das Bestocken der Pflanze erforderlich ist. — Mehrere unserer Landwirthe beobachteten, in diesem Jahre nicht so viel Raps, wie in früheren Jahren auszusäen, weil die Erträge davon von Jahr zu Jahr sich vermindern, und wollen diese Differenzen dadurch begründen, daß durch die jetzt häufiger erscheinenden Maden im März zu viele Pflanzen ausfallen. Diese Ansicht wird andererseits dadurch widerlegt, daß jetzt größere Flächen mit Raps bebaut wurden und diesen nicht diejenige Sorgfalt in der Bearbeitung und Düngung zu Theil werden könne, die den früheren kleineren Flächen gewidmet wurde.

Australisches Futtergras (*Ceratotrichia australis*) *Biomus unioloides*, wurde bisher in allen botanischen Werken als einjährige Pflanze bezeichnet. Dieses Gras ist jedoch, wie die Erfahrung gelehrt hat, in der That perennierend. Pflanzen und Samen ähneln dem Hafer. Auf gutem fruchtbarem Boden kann es jährlich, indem es viele und große Wurzelblätter treibt, sich sehr stark bestockt und sehr schnell nachwächst, drei bis viermal geschnitten werden. Will man Samen davon erbauen, dann ist dieses Gras im Monat August und September ohne Ueberfrucht zu säen; es übersteht dann den Winter ganz gut und gibt zweimal im Jahre guten und vielen Samen. Das erstmal zur Huernte und dann im Monat Oktober. Herr Gutsbesitzer Thömann aus Köthen, der dieses Gras neben Andern mit Erfolg gebauet, hat sich darüber im Jahre 1860 in seinem Berichte öffentlich also ausgesprochen: „Unter den Gräsern bleibt Ceratotrichia australis wegen seiner Unermüdbarkeit im Nachwachsen, ein beachtenswerthes Gewächs. In diesem Sommer gab es nahezu vier Schnitte und heute noch den 6. Dezember grün und wächst es, trotz des gefallenen Schnees. Schwierig ist die Samengewinnung von dieser Futterpflanze, indem derselbe nie zugleich reift und dann sehr leicht

ausfällt; weshalb die reifen Ähren ausgeschnitten und zum Nachreisen ausgebrettet werden müssen.“

Es haben auch die Gutsbesitzer Hesse bei Koslin und Pinkert in Altenburg im Jahre 1860 sich sehr vortheilhaft über dieses Gras geäußert, indem der Gutsbesitzer Horn bei Danzig auch im Jahre 1860 im Berichte über neuere Nutzgewächse aus dem Jahre 1861 Seite 22 sich also vernehmen läßt: „Von Ceratotrichia australis hatte ich 5 Pfund auf 60 Ruthen ausgefaßt und zwar des geringen Saatquantums halber in Reihen von 1½ Zoll Abstand. Das Ceratotrichia stand auf einem Streifen neben dem Mohar und hatte ungefähr gleiche Vegetationszeit mit diesem, wie auch gleichen Stand nach der Bodenbeschaffenheit. Es bestand sich sehr und stand auf den besseren Stellen mindestens so stark, als rother Klee auf gleichem Boden. Ich erntete ein starkes zweipänniges Fuder und 8 Scheffel Samen, ungestört bei der nahen Witterung im September, in der es noch draußen lag, sehr viel Samen abgefallen ist. Das Stroh wurde von Ochsen gleichfalls sehr begierig gefressen. Die Stoppeln sind jetzt sehr stark nachgewachsen, woraus ich schließe, daß es bei früheren Abnahmen auch noch einen lohnenden zweiten Schnitt, mindestens aber eine sehr gute Weide abgegeben wird. Ich habe es stehen lassen, um zu sehen, ob es unteren Winter erträgt, einen mehrjährigen Frost im Anfange dieses Monats hat es sehr gut überstanden. Beide Pflanzen, Mohar sowohl als Ceratotrichia, sind in jedem Falle wertvolle Futterpflanzen, deren Anbau auf bestarem Boden und als Ausschuhe beim Grünfutter alle Empfehlung verdient.“ Der Gutsbesitzer und Rechtsanwalt Heinrich Graichen zu Leipzig aber, welcher 7 Jahre lang sich mit der Kultur dieses Grases beschäftigte, (von welchem Sam. n. a 1 Pfund für 15 Mgr. zu beziehen ist) hat sich in dem Berichte über neuere Nutzpflanzen, M. Comp. zu Berlin, Jahrgang 1861, darüber noch günstiger ausgesprochen.

Nedaktions-Korrespondenz.

Grätz. Ueber Krujchowis geschichtliche Notizen erwünscht.

Steinau a. D. Der Stand der Posener Kreis- und Provinzial-Administration wird in der Posener Zeitung angegeben, so oft an der hiesigen Börse Geschäfte in die ein Papieren gemacht werden, was allerdings nur selten geschieht. Die Berichte der in dem eingegangenen Schreiben erwähnten Zeitung stammen aus derselben Quelle und erscheinen nicht öfter, als in der „Posener Zeitung“.

Strombericht.

Ohorniker Brücke.

Am 10. August. Kahn ohne Nr., Schiffer Friedrich Turchlar, von Stettin nach Posen mit Gütern. — Holzflözen: 7 Tristen Eichen von Schrimm nach Stettin.

Angekommene Fremde.

Vom 10. August.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Radostki aus Bielawino, v. Brzeski aus Jabłkowo, und Grafin Sotolnicka aus Polen, Kommissarius Waluszewski aus Chocicza, Lehrer Dezór aus Wilczyn, und Kaufmann Jazakiewicz aus Kleczo.

BAZAR. Partikular Bardziński aus Thron, Frau Bürger Kołodziejska aus Ślęzce, die Gutsbesitzer v. Kołodziejowski aus Gola, v. Jaraczewski aus Leipe, v. Kierski aus Podstolice, Borowowski aus Schrimm, v. Barzwicki aus Ostiel, Soldzynski aus Lubatz und Dal Tvorro aus Warzian, Frau Rittergutsbesitzer v. Mierzyńska aus Bythin, und Kaufmann Arnhold aus Warschau.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Scheller nebst Frau aus Marienwo, v. Belfowski aus Garwolin, und v. Zychlinski nebst Frau aus Konin, Kaufmann Striemer aus Düsseldorf, Rentier Regel aus Gniezen, Rechtsanwalt Neumann, Fräulein Neumann, Fräulein Rothe und Altuar Schwittau aus Litzemejno.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Kreis-Taxator v. Jaworski aus Czerniowice, Einnehmer v. Jaworski aus Bołatowo, Fabrikant Richter aus Neugersdorff und Kaufmann Smith nebst Frau aus London.

EICHORN'S HOTEL. Die Kaufleute Wollheim aus Amerika und Cohn aus Preßnau.

DREI LILLEN. Bäckermeister Volkmar aus Schneidemühl, und Kaufmann Schier aus Bronne.

PRIVAT-LOGIS. Frau Fürstin Czartoryska aus Paris, Markt 78; Wirtschaftsbeamter v. Dandelski aus Schebitz, Unter-Wallischei 7; Regimentschef Wolff aus Bronne, Magazinstr. Nr. 15; Professor am Lyceum Symanski aus Lyon, Neue Straße Nr. 2.

Vom 11. August.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Sobicki nebst Frau aus Sommerfeld, v. Bialkowski aus Pierzchno und Baron v. Korff aus Kurland, Hauptmann und Kompaniechef v. Trzcienski aus Samter, Hauptmann a. D. Hartmann aus Magdeburg, Lieutenant im 5. Artillerie-Regiment v. Graberg aus Glogau, Lieutenant im 1. Westpreußischen Grenadier-Regiment (Nr. 6) v. Fleßing aus Samter, Partikular v. Bentz aus Wittstock, Rentier v. Koszutski und Kanzleirat Pfundtler aus Pleschen, Königl. Oberförster Borries aus Neustadt-Eberswalde, die Kaufleute Bastian aus Karlsruhe, Uterhard und Baumeister Juhl aus Lübeck.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Partikular v. Schaffius-Neudorff aus Oschatz, Appellationsgerichtsrath Dassel aus Stettin, Regierungs-Amtsschreiber v. Niedermann aus Gniezen, Lehrer Hart aus Stargard in Pommern, Grundbesitzer Freund aus Ungnig, Landwirth Müller aus Bromberg, Kreisrichter Kohleßl aus Görlitz, die Kaufleute Dr. Traube aus Ratibor, Breslauer, Mayer und Gnabs aus Berlin, Tuch aus Magdeburg, Stern aus Frankfurt a. O., Jessel und Eggers aus Stettin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute v. Metzsch aus Dresden, Pölitz aus Düsseldorf, Müller aus Magdeburg, Segelbaum aus Leipzig, keine aus Berlin und Menzel aus Breslau, Frau Rittergutsbesitzer v. Baranowska aus Marzow, Frau Rentier v. Trampczynska und Landwirth Kluge aus Dresden, Gutsbesitzer v. Oppeln aus Salitz und Fabrikant v. Bandel aus Hannover.

HOTEL DU NORD. Major v. Brandenstein, Prem. Lieutenant v. Goehnitz und Prem. Lieutenant und Adjutant Cohen van Varen aus Samter, Prem. Lieutenant v. Corrisat-Montmartin aus Sagan, Baumeister Rau aus Lissa und Kaufmann Schaefer aus Wollstein.

OGIGM'S HOTEL DE FRANCE. Hauptmann v. Arnsdorf und die Lieutenant v. Elmons und Schols, sämlich im 1. Westpreußischen Grenadier-Regiment (Nr. 6), aus Samter, Rittergutsbesitzer v. Kuryzawski aus Sapowice, Oberamtmann Opiz aus Löwenau und Kaufmann Janisch aus Hamburg.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Budziszewski aus Małachowo, Hellmuth aus Piekarz, Celle aus Belitz, Lehrer Swiadowski aus Rome, Privatier v. Morawski aus Schrimm, Maurermeister Tyrole aus Gniezen, Probst Golst aus Kunowino, Wirtschaftsinspektor Seidel aus Radlin, Rentier v. Clausen aus Lissa, Gutsbesitzer v. Ryski aus Krapplewo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer v. Skoraszewski aus Wysoko, Kompaß aus Krzesiny, Bevollmächtigter Doellen aus Berlin, Wirtschafts-Inspector Knoff aus Schlochau, Debonom Karnowski aus Targówek, Akademiker Urbanowski und Dr. jur. Szaniawski aus Krakau, Kreisrichter Janowski nebst Frau aus Gniezen, der Techniker Kottermund aus Berlin und Smirkowski aus Woyciech, Frau Techniker Gospodzinski aus Schroda, Gutsbesitzer v. Komalski aus Imiołki, Gutsverwalter Opalski aus Snielovo, Rechtsanwalt Potomski nebst Frau aus Rogaten.

HOTEL DE BERLIN. Akademiker Łukomski aus Proskau, Frau Kaufmann Hirshberg und Bürger Okoniewski aus Gniezen, die Kaufleute Lanzenberger aus Berlin, Striebe aus Köln und Kaiser aus Solingen, Civil-Ingénieur Nepilly aus Berlin, Rektor Blümel aus Starow und Frau Kreis-Baumeister Langerbech aus Wreschen.

DREI LILLEN. Gutsbesitzer Bialkowski aus Rogozec.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Bürger Hans aus Mieślow, die Kaufleute Mehlich aus Młoszow und Lewy aus Wongrowitz.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Im Dorfe Ołobok, Adelauer Kreises, wird vom 16. d. Mts. ab eine Postexpedition in Wirklichkeit treten und mittels einer täglichen Botenpost mit Skalmierzyc in Verbindung geestellt werden. Die Bestellung der Postsendungen nach den nächsten ländlichen Dörfern der Umgegend von Ołobok erfolgt durch Landbriefträger.

Posen, den 8. August 1862.

Der Ober-Postdirektor Buttendorff.

Montag den 1. September c.

Vormittag um 9 Uhr werden bei der Reitbahn in Militsch 54 zum Kavalleriedienst nicht mehr brauchbare Pferde des unterzeichneten Regiments gegen gleich hohe Bezahlung öffentlich meistbietend verkauft werden, wozu Kaufslustige hiermit eingeladen werden.

C. A. Lissa, den 9. August 1862.

Königl. Westpreußisches Ulanen-Regiment Nr. 1.

Bekanntmachung.

Das dem Wladislaus v. Pągowski gehörige Vorwerk Chabisko, gerichtlich abgezähmt auf 39,988 Thlr. 10 Gr., aufgrund der Hypothekensteuer und Bezahlungen in der Registratur einzuhenden Taxe, soll

am 12. September 1862

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht erichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden.

Moritz (Mag) Halle wird hierzu öffentlich vorgeladen.

Trzemeszno, den 11. Februar 1862.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Bei der Königlichen landwirtschaftlichen Akademie in Proskau beginnen die Vorlesungen des Wintersemesters 1862/63 mit dem 1. November c.

Der spezielle Lehrplan wird durch die Amtsblätter bekannt gemacht werden.

Anmeldungen zum Eintritt sind

an das unterzeichnete Direktorium zu richten.

Proskau in Oberschlesien, den 2. August 1862.

Der Direktor und Geheime Regierungsrath

(gez.) Dr. Heinrich.

Ein Piano zu vermieten Wasserstraße 8/9. Maiwald.

Kösener u. Kreuznacher Mutterlangen-Badesalz, so wie Seesalz empfiehlt

Isidor Appel, neben d. kgl. Bank.

Dem Herrn S. Calvary in Posen haben wir den alleinigen Verkauf unseres sauren phosphorsauren Kalkes (Superphosphat), 12—13 % lösliche Phosphorsäure enthaltend, für

die Provinz Posen übertragen und ersuchen die Herren Landwirthe dieser Provinz, uns ihren Bedarf durch Vermittelung obiger Firma aufzugeben.

Stettin, den 1. August 1862.

Direktion der Aktiengesellschaft der chemischen Produktenfabrik Pommerensdorf.

Franz Melchier.

Auf obige Ammoni-Bezug nehmend, erbitte ich mir Aufträge auf sauren phosphorsauren Kalk (Superphosphat), die ich zum Fabrikpreise mit

Hinzurechnung der Fracht prompt ausführen.

Gleichzeitig empfiehle ich mein Lager von echtem Peru-Guano unter Garantie von 12—13 % Stickstoff, und bitte um rechtzeitige Bestellungen von

echtem Probsteier

Leujawischen und Sandomir

Probsteier

Campiner und span. Doppel

{ Saatweizen,

{ Saatroggen,

S. Calvary.

Zur geneigten Beachtung. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag Jungbier in meiner Brauerei Broniferstraße 24.

Herrmann Kreh.

Gute Spitzkorken
à 6 Sgr. pro Hundert
empfiehlt Isidor Appel, neb. d. k. Bank.

Approbirter Pest magenstärkender Aquavit von D. G. BAARTH

oder
magenstärkender Aquavit von D. G. BAARTH
in Posen,
Dominikanerstraße Nr. 3, zur goldenen Kugel.

Działo się w Poznaniu w Biorze Prefektury dnia 14. Marca w roku 1813.

Wydział Lekarski.

